

Volkswacht

für Schlessien

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlessien 1.50 M., auswärts 1.80 M. Anzeigen unter 200 M. — 3 M., auswärts 4.50 M. Familienanzeigen 0.70 M. Stellenangebote, Stellengesuche, Verträge, Verdingungen und Wohnungsangelegenheiten 0.50 M. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 M., das selbe Wort 1.00 M. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11. Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postfach-Konten: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Grapowstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen: Hauptstraße 140, Lomke durch alle Kioskschreiber zu beziehen. Wöchentlich 3.50 M., monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., halbjährlich 84.— M., jährlich 168.— M.

Das Monarchistengelage in Heinrichau.

Eine monarchistische Fete.

Aus der Nachschicht Breslaus wird uns folgendes geschrieben:

Vor einigen Tagen hat in Heinrichau, dem Sitz des ehemaligen Großherzogs von Sachsen-Weimar-Eisenach, die Taufe eines seiner Kinder stattgefunden. Aus dem Hause der ehemaligen Kronprinzessin Cecilie, aus Spilleneier der ehemaligen Königin Friedrich August von Sachsen zu dem Zeitpunkt geübt. Die ehemalige Kronprinzessin hat an Stelle ihres in Weimar verweilenden Gatten, der Patenschaft an dem Kinde übernommen hat, den Taufgang aus der Taufe gehoben. Interessant war, daß unter den Gästen Reichherr von Malchin aus dem Haag und der thüringische Landtagsabgeordnete und Weimarer Kammerherr von Eichel-Streiber, der Vorsitzende der deutschen Nationalen Partei Thüringens, erschienen waren. Die Festschleife dauerte mehrere Tage, die Festgelage haben kein Ende genommen und die feudalen und königlichen Gäste sollen sich (beim Fest) über die Ausrichtungen, wieder in ihre alten Stellungen einzurücken, sehr zufriedenlich ausgesprochen haben (sofern die Republik schlüssig!). Es fragt sich nur, ob nicht die Anwesenheit des Vorsitzenden der thüringischen deutschen Nationalen Volkspartei der ganzen Fete noch besondere politische Ziele zur Ausprägung gegeben haben.

Sicher steht dahinter fest, daß sich die Herrschaften wenig sozialen Gedanken hingeben haben, wenn man schon von der Verbannung der Königin absteht. Welt in großem Übermaß zu verfügen, so muß um so mehr die Tatsache Beachtung finden, daß mehrere von den Arbeitern und Arbeiterinnen des Gutes Heinrichaus noch heute, zum Teil ohne Kost, für 10 Mark Tagelohn dem ehemaligen Großherzog Frondienste verrichten dürfen.

Die schwarz-weiß-roten Ordnungsjünglinge

Das Kartell des gewerblichen Mittelstandes in Berlin veranstaltete am Sonntag eine Massenkundgebung, insbesondere gegen die Überlastung des Mittelstandes mit Steuern. Die deutschen Nationalen waren eifrig dabei, auch diese rein wirtschaftliche Kundgebung zu parteipolitischen Zwecken auszunutzen. Kaum hatten die einzelnen Redner mit ihren Ausführungen begonnen, als auf der Treppe des alten Museums eine schwarz-weiß-rote Fahne gehißt wurde. Ein Teil der Demonstranten protestierte gegen diese parteipolitische Ausnutzung, so daß sich die Demonstrationsleitung gezwungen sah, die deutschen Nationalen Agitatoren vom Platze zu verweisen und ihnen desgleichen die Verteilung deutschnationaler Broschüren zu verbieten. Mit Widerwillen zog der deutschnationale Trupp unter Befehl von Passanten und Wäntzen monarchistischer Lieder ab. Am Kursturentor kam es gegen 3 Uhr mittags zu einem Zusammenstoß zwischen der Schupo und den kämpfenden deutschnationalen Jugendbündlern. Die Schupo polizei war von mehreren Stellen um Hilfe gebeten worden, da die deutschnationalen Festenjunglinge die Befestigungen der Passanten nicht einstellten, sondern teilweise sogar handgreiflich wurden. Der Aufforderung eines Schupo-Beamten, den Zug aufzulösen, wurde nicht entsprochen. Als dann der Beamte einen der Hauptführer festnahm, folgten die übrigen Schupo-Bündler mit lautem Lachen und umlagerten die Polizeiwache. Nach dem polizeiliche Verstärkung herangeholt worden war, wurde der Gefangen ein Polizeiaufgebot von 20 Mann entgegengeschickt. Der Versuch, den Fahnenträger festzunehmen, gelang nicht, da dieser Held die Fahne zerriß und das Weite suchte. Ein Wachtmeister wollte ihm nachsehen, kam hierbei jedoch zu Fall und unter wüsten Schmährufen, wie „Schlagt den Hund tot!“, „Spart ihm“ stürzten sich die Umstehenden auf den Beamten, der sich gezwungen sah, einen Schuß abzugeben. Erst jetzt ließen die deutschnationalen Festenjunglinge von ihrem Opfer ab und flüchteten nach allen Richtungen. Der ganze Vorfall endete mit der Festnahme von ungefähr 201 deutschnationalen Schupo-Bündlern.

Die Deutschen Nationalen wieder in der bayerischen Regierung.

München, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Die heutigen Münchener Pressestimmen lassen den Schluß zu, daß die Gefahr des Wiedereintritts der Deutschen Nationalen in die bayerische Regierung keineswegs beseitigt ist. Die „Staatszeitung“ bebauert den Abschluß der Koalitionsverhandlungen und fordert neuerdings den Zusammenstoß einer bürgerlichen und wahrhaft staatsbehaltenden Koalition. Das Blatt schreibt: „Wir hoffen auch jetzt noch, daß die Fäden zwischen den Parteien wieder geknüpft werden, die unerwartet gerissen sind. Auch die Organe der Bayerischen Volkspartei aller Richtungen stellen sich auf den Standpunkt der Erneuerung der Koalition zwischen Deutschen Nationalen unter Ausschluß der Demokraten. Der Regensburger Anzeiger“ glaubt, die Demokraten hätten mit ihrer Taktik einen dummen Streich gemacht, der ihnen noch teuer zu stehen kommen werde. Noch deutlicher wird der „Bayerische Kurier“. Er bezeichnet als Folge des „unklugen“ und unrichtigen Schrittes der Demokraten die schwere Erschütterung der Koalition. Selbstverständlich fordern die schärfmaderischen Organe „Münchener Neueste Nachrichten“ und „Frankfurter Kurier“ die baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen unter diesen Umständen. Man kann unter diesen Umständen mit der baldigen Wiederaufnahme neuer Verhandlungen über die Erweiterung der Regierungskoalition rechnen.

Der Irrtum des Schwarzburgers.

Bekanntlich war der Fürst von Schwarzburg einer der ersten ehemaligen deutschen Fürsten, mit dem über die finanzielle Abfindung alter Ansprüche eine Regelung erzielt werden konnte.

Der Fürst von Schwarzburg hat dann mit dem sinkenden Geldwert mehrfach Versuche unternommen, die ihm seinerzeit zugesprochene Abfindung zu erhöhen, so daß man in Thüringen gewissermaßen von der Lohnbewegung eines Fürsten sprach. Neuerdings hat der hohe Herr sich an einen Rechtsgelehrten in Münster gewandt, um ein Gutachten zu erhalten, womit er den bald nach der Revolution abgeschlossenen Abfindungsvertrag mit dem Lande Thüringen wegen Irrtums (!) und angeblicher Verletzung von Treu und Glauben anzufechten beabsichtigt. In diesem Kleinkampfe gegen einen deutschen Freistaat stehen dem Fürsten verschiedene ehemalige Minister von Weimar zur Verfügung. Die Herren benutzen also ihre von der Republik bezahlte Pensionszeit, um dem Vertragsgegner des Freistaates Thüringen Hilfe zu leisten.

Die Drohung des Hanfverbandes.

Der Hanfverband für Gewerbe, Handel und Industrie fordert in einer Rundschreiben einer „Blat der Verunsicherung“. Dieser Blat kommt der von den Deutschen Nationalen geforderten „Einheitsfront“ gleich und wird damit begründet, daß Deutschland unrettbar verloren ist, wenn es nicht gelingt, alle Kräfte des deutschen Wirtschaftswirtschaftens in positiver Leistung zusammenzufassen. U. a. wird auch verlangt, daß die Parteien die wirtschaftliche Notwendigkeit des Tages erkennen. „Geht es nicht“ — so heißt es zum Schluß — „so wird die ungeheure Not der Zeit dazu führen, daß die deutsche Wirtschaft über die Parteien hinweg ihre eigene Weisheit sucht.“

Das Bestreben der deutschen Wirtschaftskreise geht schon lange dahin, alle Macht zu erlangen und die Parole „alle Macht der Wirtschaft“ ist nicht mehr neu. Neu an der Rundschreiben des Hanfverbandes ist lediglich die Drohung, eigene Wege zu gehen, falls sich die Parteien nicht fügen. Diese Drohung kann hauptsächlich nur für die Deutsche Volkspartei in Frage kommen, da diese Partei bisher wenigstens vorgab, die deutsche Wirtschaft zu vertreten. Es ist fast also im Falle des Herrn Stresemann! Wenn auch die Sozialdemokratie die Drohung nicht als sich gerichtet fühlt, so wird sie dennoch bereit sein, die Drohungen der Wirtschaftskreise genügend zu parieren.

Die Unterjochung gegen Hermes.

In der Sonnabend-Sitzung des Untersuchungsausschusses gegen Minister Dr. Hermes stellte der Vorsitzende, Abg. Fischer (Dem.) fest, daß alle bisherigen Beweisanträge zu den Fragen der Unto- und Mordbefehle und zum Fall Augustin erledigt seien. Neue Beweisanträge des Abg. Herr (U. Soz.), die sich auf Zeitungsnachrichten stützten, wurden zurückgewiesen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Meldungen irrtümlich waren. Über diesen Teil seiner Unterjochungen wird der Ausschuss nunmehr einen abschließenden Bericht feststellen.

Beschlossen wurde einstimmig unter Zustimmung des Ministers, die Unterjochung nun auch auf die Weimarer Gelegenheit auszudehnen. Der ganze in Frage kommende Schriftwechsel und die Protokolle über die in dieser Angelegenheit geführten Resorthebungen sollen dem Ausschuss vorgelegt werden.

Der Fortgang der Steuerberatungen.

Die Vereinigten Steuerauschnisse des Reichstages traten am Sonntag zur Beratung des Gesetzesentwurfes über Änderungen des Finanzwesens (Mantelgesetz) zusammen. Paragraph 1 dieses Gesetzes bestimmt, daß die Reichsregierung für diejenigen Kredite, die für das Rechnungsjahr 1922 bereitgestellt sind und nicht für die Verzehrsanstalten bestimmt sind, Mittel im Wege einer in Reichsmark einzuzahlenden, in den ersten drei Jahren unverzinslichen Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwertes von einer Milliarde Goldmark flüssig machen soll. Paragraph 2 schreibt vor, daß die 14 Steuergesetze, soweit nicht in ihnen etwas anderes bestimmt ist, einheitlich zugleich mit dem Mantelgesetz, in Kraft treten. Nach kurzen Erklärungen der Parteien, von denen die der Unabhängigen und Deutschen Nationalen absehend waren, wurde das Gesetz von den Steuerauschnissen angenommen.

Die Abgeordneten müssen in Berlin sein.

Durch die Obstruktion der Kommunisten wurde in den Freitags-Sitzungen des Reichstages die Beschlußfassung über das Branntweinmonopolgesetz unmöglich gemacht. Es ist anzunehmen, daß die Kommunisten mit der Obstruktion auch in der kommenden Woche bei der Beratung der Steuergesetze fortfahren. Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werden deshalb ersucht, in dieser Woche vollständig zu den Sitzungen zu erscheinen und sich für keinerlei Veranlassungen zu verpflichten.

Das Hausgehilfengesetz im Reichswirtschaftsrat.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Entwurf eines Hausgehilfen-Gesetzes. Der Entwurf gilt als Mißgeschick. Eine Kommission hat ihn bereits in 24 Sitzungen durchberaten und erstattete dem Ausschuss Bericht. In der Debatte konnte über den Begriff der „häuslichen Gemeinschaft“ keine Einigung erzielt werden. Ein Unterausschuss soll sich erneut mit dieser Frage beschäftigen. Bezüglich der Form des Arbeitsvertrages sowie der allgemeinen Vorschriften über die Pflichten und Rechte der Hausgehilfen wurden im wesentlichen die Beschlüsse der Kommission angenommen. Abgelehnt wurde die Kommissionsfassung, die in der Frage des Wohnraumes einen Mindestlohn von 15 Kubikmeter vorsah. Auch der Antrag, der den Hausgehilfen „gesunde und auskömmliche Kost“ entsprechend der Haushaltsführung auszusprechen wollte, wurde abgelehnt, da man in dieser Fassung keine genügende Sicherung erblickte. Die Beratungen wurden darauf verlagert.

Streits im englischen Weltreich

In England erfolgte am 11. März die große Aussperrung in der Metallindustrie. Zu dem Millionenheer der Arbeitslosen wird sich eine neue Arbeitslosenarmee von etwa einer Million Mann gesellen. Die Ursache der Aussperrung ist in dem Verlangen der Arbeitgeber zu suchen, im Gegensatz zu dem bisherigen Brauch, künftig Ueberstunden ohne vorherige Vereinbarungen mit der Arbeiterschaft ansetzen zu dürfen. Zu dem Lohnabbau, der immerhin mit sinkender Konjunktur und fallenden Preisen gerechtfertigt werden könnte, gefüllt sich ein zweiter Angriff auf die sozialen Sicherungen des Arbeiters. Was Wunder, daß die Metallarbeiter sich dem nicht ohne weiteres aussetzen wollen. Sie lehnten zunächst die Vorschläge der Arbeitgeber ab, erklärten sich aber bereit, über die Frage in Verhandlungen zu treten, wenn bei dieser Gelegenheit auch Wünsche der Arbeiterschaft auf anderen Gebieten zur Diskussion gestellt würden. Die Arbeitgeber gingen nicht darauf ein und wenn sie so reich mit dem letzten Mittel der Ausnutzung bei der Hand waren, so darf man daraus wohl den Schluß ziehen, daß ihnen der Konflikt nicht ganz unangelegen kommt und daß sie bei der Aussperrung nicht übel zu fahren hoffen. Auch in diesem „Streik der Arbeitgeber“ haben wir eine jener Folgeerscheinungen der englischen Wirtschaftskrise zu erblicken, deren Ursache zum großen Teil in dem längst als Wahn erkannten Reparationsystem zu suchen ist, um dessen grundlegende Aenderung sich der englische Finanzminister Horne vor den vereinigten Finanzministern der Entente in Paris bemüht.

Auch für Europa beachtenswert ist der Generalstreik in der Minenindustrie Südafrikas, der nach letzten eingetroffenen Nachrichten zu einem Generalstreik sämtlicher Arbeiter im Randminengebiet geführt zu haben scheint. Nicht wegen der stürmischen Formen, die er annimmt, nicht wegen der Kämpfe, die Südafrika durchtoben — sollen. Derartige Sensationsberichte pflegen in Südafrika regelmäßig die von der Regierung unterstützte Begleitmusik zu den materiellen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu sein, ein System, das die englische Regierung in dem großen, drei Monate lang währenden Streik der Bergarbeiter im Frühjahr und Frühsommer vorigen Jahres mit weniger gutem Erfolg nachzuahmen versuchte. In Südafrika handelt es sich darum, die Buren, Bauern, also die Landbevölkerung gehörig gegen die Arbeiterschaft aufzupeitschen, um die für die Auffüllung der Polizeimannschaften benötigten Ziffer Freiwilliger aus dem Nachwuchs des Landes auf die Beine zu bringen. Wichtiger als diese sehr lebendigen Kampfgeschichten ist die Vorgeschichte des Streiks. Die Ursache ist auch hier die industrielle Krise. Um den Zusammenbruch einer Anzahl von Minen zu verhüten, wurde von den Industriellen ein Sparmaßnahmenprogramm vorgelegt, das vorsah, die Zahl der schwarzen Arbeiter zuzunehmen, die weißen zu vermindern, das Kontraktsystem zu revidieren und die Löhne herabzusetzen. Ob sich der Hauptwiderstand der Arbeiter bei den darauf einsetzenden Verhandlungen auf den Lohnabbau bezog, ist uns nicht bekannt, jedenfalls erregte der Vorschlag, die Verhältnisziffer zwischen den schwarzen und weißen Arbeitern zugunsten der (kostspieligen) weißen herabzusetzen, eine ungeheure Erbitterung, die man nur verstehen kann, wenn man berücksichtigt, daß der Gegensatz zwischen schwarz und weiß in Südafrika ebenso leidenschaftlich ist, wie in den Vereinigten Staaten, oder wie der Gegensatz zwischen gelb und weiß in Australien. In dieser Hinsicht spielen dort Rassenfragen eine bei weitem größere Rolle, als in Europa.

Der Ministerpräsident von Südafrika, General Smuts, der sich während der Reichskonferenz der englischen Kolonien in London durch seine vermittelnde Haltung auszeichnete und dem das Verdienst gebührt, in der Zeit der größten Spannung eine Verständigung zwischen England und Irland angebahnt zu haben, nahm die Vermittlung in die Hand. Sei es nun, daß man es ihm in Arbeiterkreisen noch nicht vergessen hat, daß er im Jahre 1914 gegen die streikenden Bergarbeiter ein Heer von 60 000 berittenen Buren ins Feld führte, sei es, daß der von ihm bereits monatlang vorher vertretene Grundgedanke, die südafrikanische Industrie könne nur durch eine erhebliche Lohnherabsetzung gerettet werden, mit Mißtrauen erfüllt oder mochten die Gegen-

Sie zwischen beiden Parteien zu groß sein, jedenfalls schlug der Vermittlungsvorschlag fehl und der Streik brach aus. Als die Situation unangenehm zu werden begann, trat der Ministerpräsident im Auftrage der Regierung an die Minenarbeiter mit dem Ersuchen heran, im Interesse der Gesamtbevölkerung wenigstens die lebenswichtigen Kraftstationen zu versorgen. Die Streikleitung war nicht abgeneigt, darauf einzugehen, nur stellte sie ihrerseits das Verlangen, daß die für diese Zwecke benötigte Kohlenförderung nur durch die streikende Arbeiterschaft in die Wege geleitet würde und daß die Streikleitung über die Verteilung und die Kontrolle der verteilten Kohlen zu verfügen habe. Dieses Ansinnen lehnten Regierung und Unternehmer gemeinsam ab. Infolgedessen hat man auf beiden Seiten eine ganz gehörige Portion Angst vor dem Bolschewismus.

Soweit waren die Dinge bis Mitte Januar gediehen. Die Zahl der Streikenden überstieg zunächst nicht 25 000 und man hörte nicht sehr viel über das hartnäckige Ringen. Die Proklamation des Generalstreiks auch in anderen Betrieben deutet nunmehr darauf hin, daß in dem Streik Veränderungen eingetreten sind, über deren Wesen und Ursache unterrichtet zu werden, auch Europa dringendes Interesse hat. Zunächst liegt die Frage nahe, daß auch hier die Klassenfrage eine ihr bedeutende Rolle spielt.

Flugzeugbomben auf Streikende.

London, 12. März. Reuter meldet aus Johannesburg vom 11. d. M.: Im Laufe des größeren Teils des Tages haben erhebliche Kämpfe stattgefunden. Flugzeuge bewarfen die Streikenden zweimal mit Bomben. Die Aufständischen, die durch die Bomben getroffen wurden, hatten schwere Verluste. Aus Kapte begannen sie in Jona und Volksburg Häuser in Brand zu setzen.

Johannesburg, 12. März. Die Verluste bei den vorgestrigen Kämpfen werden auf 600 geschätzt, darunter 80 Tote. Das Schicksal dauert in den Tagen ab. Die Lage der Polizei wird als etwas gebessert angesehen. Eine Abteilung freiwilliger wurde von Streikenden überfallen, wobei 18 Soldaten getötet und 25 verwundet wurden. Die gestrigen Verluste übersteigen die Zahl von 100 Toten, außer einer großen Zahl Verwundeter.

Starke Wirren in Indien.

London, 11. März. Nach einer amtlichen Meldung ist der indische Nationalkongress in Gandhij verhaftet worden. Die Mitglieder werden an Bord deportiert. Man befürchtet, daß die Verhaftung Gandhij das Stürzen der britischen Herrschaft zu bedeuten könnte. Bekannte andere mahomedanische Führer sind seit einigen Tagen verschwunden. In vielen Orten werden die Bürgerwehren zur Unterdrückung der Unruhen eingesetzt. Die Bürgerwehren sind nicht in der Lage, die Unruhen zu unterdrücken. Die Propagandaaktivität gegen alles, was aus dem Ausland kommt, ist in Indien im vollen Gange. In der Gegend von Bombay ist Unruhe in englischer Sprache verbreitet, in denen zur Ermordung aller Engländer und zur Abweisung des Vizekönigs aufgerufen wird. In Verhörungen wird die Vernichtung der gesamten englischen Regierung empfohlen. Morde und Missetaten sind an der Tagesordnung.

London, 11. März. Laut "Wall Street and Globe" wird der Vizekönig von Indien, Lord Reading, zurücktreten, voraussichtlich aber erst nach der Abreise des Prinzen von Wales aus Indien.

Preussischer Landtag.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Bewilligung von 20 Millionen zur Gewährung von Beihilfen aus Anlaß der durch die Hochwasser im Jahre 1920 im Ober-, Mittel- und Nieder- sowie in der Oberen Elbe, in Schlesien und Brandenburg herbeigeführten Beschädigungen, wird nach Zustimmungserklärungen aller Parteien dem Hauptauschuß überwiesen. Bei der Beratung eines deuternationalen Antrages, der sich gegen die Sozialisierung von Handwerk und Gewerbe richtet, eine Neuregelung der Gewerbe- und Betriebsbesitzverhältnisse und die Abkehr von den staatlichen Regiebetrieben und die Förderung der Ausübung von Vorkursarbeiten fordert, tritt Abg. Meyer-Rheine (Soz.) für die Sozialisierung des Handwerks ein. Das Interesse der Arbeiter ist wichtiger, als das der paar Hunderttausend Handwerksunternehmer. Der Antrag wird dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen. Es folgt die Beratung der von den Sozialdemokraten und den Unabhängigen gestellten Anträge auf Aufhebung des Er-

lasses des Wohlfahrtsministers durch den die Sperre über die Gehälter der Kassengebühren verhängt worden ist, wonach diese Gehälter sich nach der Beamtensbezahlung zu richten haben.

Abg. Wolf (U. Soz.): Da die Kassengebühren dem Betriebsrat unterliegen, kann man sie nicht ohne weiteres unter das Beamtentrecht stellen. Ein Gutachten des Reichsjustizministers befragt ausdrücklich, ob diese Verordnung des Wohlfahrtsministers auf die Angestellten keine Anwendung finden kann. Wir beantragen Ueberweisung unseres Antrages an den Hauptauschuß.

Abg. Schöllch (Soz.):

Unser Antrag ist bereits am 14. Juli v. J. gestellt und kommt erst heute zur Verhandlung. Der Erlaß des früheren Wohlfahrtsministers ist ein Eingriff in die Selbstverwaltung der Arbeiter. Es ist zu prüfen, wie weit diese Verordnung noch ausreicht erhalten werden kann. Herr Siegel hat verprochen, die Oberverwaltungsämter anzuweisen, den Krankenkassen keine Schwierigkeiten zu machen. Die Oberverwaltungsämter haben sich aber danach gar nicht gerichtet. Man sollte doch endlich aufhören, den Krankenkassen Schwierigkeiten zu machen, zumal man ihnen heute alle möglichen Lasten aufhakt.

Abg. Werner (Nat.): Auch wir wollen, daß den Angestellten ihr Recht wird, deshalb stehen wir den Anträgen sympathisch gegenüber.

Ein Vertreter des Wohlfahrtsministeriums erklärt, daß es sich nicht um eine Verletzung, sondern nur um eine Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts handele. Wenn die Oberverwaltungsämter die Angelegenheiten teilweise nicht zur Zufriedenheit erledigen, so habe das seine Hauptursache in sachlichen Schwierigkeiten. Gegen den Erlaß sei bereits Beschwerde erhoben worden, über die das Landes-Schiedsgericht zu entscheiden habe.

Abg. Ranke (D. Volksp.): fordert baldigste Klärung der Lage der Kassengebühren. — Darauf werden die Anträge dem Hauptauschuß überwiesen.

Abg. Dr. Meyer-Ostbreun (Komm.) begründet den Antrag seiner Fraktion, 20 Millionen Mark zur Linderung der Hungersnot in Russland zu bewilligen. Die Mittel sollen gewonnen werden durch Streichung eines gleichgroßen Postens für die Sumpfschlammreinigung in der Ostpreußen. Der Antragsteller führte aus: Die Privatwirtschaft genüge nicht zur Abwehr der russischen Katastrophe. Das kapitalistische Deutschland sei nicht schuldig an diesem Zustand. Deutschland treibe gegenüber Russland eine unehrliche Politik und befinde sich im Schlepptau der englischen Politik.

Abg. Krüger-Potsdam (Soz.):

Wenn wir dafür eintreten, daß den Hungern geholfen werden soll, so heißt das nicht, daß wir die bolschewistischen Methoden anerkennen. Wir haben bereits im vorigen Jahre grundsätzlich durch einen Beschluß des Landtages eine Unterstützung ausgesagt. Wir beantragen diesen neuen Antrag der Kommunisten dem Hauptauschuß zu überweisen, weil er in der vorliegenden Form für uns unannehmbar ist und weil wir der Auffassung sind, daß die Kommunisten diese Form nicht ohne Bedacht gewählt haben. Wir sind der Meinung, daß die vom Staat zur Verfügung gestellten Mittel unter unparteilicher Kontrolle verteilt werden müssen. Der zweite Teil des Antrages ist für uns unannehmbar. Die Kommunisten werden doch nicht behaupten wollen, daß die Bewilligung der 20 Millionen von der Streichung eines entsprechenden Postens vom Etat der Sumpfschlammreinigung gemacht wird. Ueber die Durchführung eines anders formulierten Antrages werden wir uns im Hauptauschuß unterhalten.

Abg. Dr. Jähdeker (Zent.) führt aus, daß es viel richtiger sei, die freie Arbeitslosigkeit auszuräumen, anstatt die Staatseinnahmen in Anspruch zu nehmen. Die demagogische Veruppelung mit der Streichung der Beiträge für die Sumpfschlammreinigung.

Auf Antrag der Unabhängigen wird die Weiterberatung mit den Stimmen der Unabhängigen, Kommunisten und Deutschnationalen auf Montag verlegt.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Fortsetzung der Besprechung des kommunistischen Antrages, kleinere Vorlagen, Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe. (Schluß 4 Uhr).

Das Ergebnis der alliierten Finanzminister-Konferenz.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die alliierten Finanzminister gaben nach Beendigung der letzten Sitzung in Paris folgende amtliche Mitteilung heraus:

Die Finanzminister haben eine Regelung der schwebenden Fragen vorgenommen und sind zu einem vollkommenen Einverständnis über die Bestimmungen der deutschen Zahlungen gelangt. Im Laufe ihrer Verhandlungen haben die Finanzminister die allgemeine Frage der Reparationen besprochen. Sie sind zu der Uebereinstimmung gekommen, daß nach dem Verfall der Friedensverträge, den Erklärungen der Regierungen, diese Frage ausschließlich zu den Befugnissen der Reparationskommission gehört. Sie haben aber einmütig anerkannt, wie wichtig es ist, daß die Regierungen ihren Delegierten in der Reparationskommission die notwendigsten Befugnisse machen, so daß sie möglichst bestimmte Lösungen ins Auge zu fassen, um die Reparationszahlungen sicher zu stellen, sei es durch die Sa-

ntierung der deutschen Finanzen und durch effektive Kontrolle, sei es durch Ausgabe ausländischer Anleihen durch Deutschland, die durch die Zolleinnahmen oder durch Einnahmequellen, die die Reparationskommission ausstellen wird, und die dazu dienen sollen, einen Teil des Kapitals der deutschen Schulden zu tilgen, sicher gestellt werden. Die Minister haben sich auch mit der Regelung der von den alliierten europäischen Mächten untereinander kontrahierten Schulden beschäftigt.

Von der Berliner Börse.

Am Wochenende zeigten sich am Berliner Devisenmarkt wieder sehr heftige Schwankungen. Der Dollar wurde anfangs mit 258 gehandelt und ging vorübergehend bis auf 253 zurück. Am 11. März notierten Kabel New York 256,25, London 1115, Holland 8650.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Starke Erhöhung der Indeziffer. — Preiserhöhung für Kohle und Eisen. — Stilllegung von Hüttenwerken. — Die Entwertung der Mark. — Die neue Preiswelle. — Die Aussichten für Genua. — Die Zwangsanleihe. — Der Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft. — Der Gewinn der Varentlicher Baumwollenspinnerei.

Die Befürchtung, die wir äußerten, daß im Monat Februar die Indeziffer für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung sich abermals gegenüber dem Januar erheblich steigern würde, bestätigt sich. Die Indeziffer ist von 1640 auf 1889 gestiegen und erreicht damit ein Plus von 349 Punkten resp. 21,8 Prozent, im Vergleich zu dem gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme von 120,8 Prozent. Leider dürfte damit der Höhepunkt in der Preisentwicklung noch nicht eingetreten sein, denn der Monat März bringt bereits wiederum erhebliche Preiserhöhungen auf fast allen Gebieten. Zuvor steht wiederum eine Erhöhung der Kohlenpreise, die einschließlich der Steuer einen Aufschlag von 133,55 Mark pro Tonne erfordert. Die Preiserhöhung ist notwendig geworden durch eine Lohnerhöhung, die für das Ruhrgebiet und das rheinische Braunkohlengbiet 19,45 Mark pro Bergbau und für den mitteldeutschen und ostfälischen Braunkohlengbiet 13,15 Mark einschließlich Kindergeld im Durchschnitt beträgt. In die erhöhte Preiskalkulation sind außerdem dem Bergbau 18 Mark pro Tonne höhere Abschreibung zugebilligt, damit er in der Lage ist, Betriebsrichtungen zu erneuern und zu erweitern und neue Schachtanlagen zu betreiben. Wir würden mit dieser Preiserhöhung nahezu an die Weltmarktpreise gelangen, wenn nicht mittlerweile durch eine weitere sehr starke Entwertung der Mark eine entsprechende Erhöhung der ausländischen Kohlenpreise für uns eingetreten wäre.

Auf einem wichtigen Gebiet unserer Rohstoffherzeugung, dem Kalksteinmarkt, ist ebenfalls eine Heraushebung der Preise zu verzeichnen, die einen starken Einfluß ausüben muß auf die gesamte verarbeitende Industrie. Kalkstein war noch im November vorigen Jahres die Tonne mit 2200 Mark angelegt, es ging im Februar auf 3447 Mark hinauf und erreicht nun im März 4212 Mark. Diese Preiserhöhung, die die Stahlpreise im gleichen Ausmaß gesteigert hat, hat zur Folge gehabt, daß die Inlandspreise teilweise die Weltmarktpreise im Ausland übersteigen konnten. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß hier eine Ueberhebung in der Preisentwicklung eingetreten ist; denn die deutsche Industrie ist immer noch in der Lage, billiger zu produzieren als das Ausland. Es muß also, wenn der Preis über den Auslandspreis hinausgeht, eine Ueberhebung in der Preisentwicklung der heimischen Industrie vorhanden sein. Stabellen war im November vorigen Jahres mit 4500 Mark die Tonne angeboten und ist nunmehr auf 7050 Mark hinaufgeschneit. Die Preistage ist beendigt durch ungünstigen Stand in der Kalksteinproduktion der Hüttenwerke. Wie berichtet wurde, mußten in größerem Umfang bei den süddeutschen Erzeugnissen in der Produktion erfolgen. Um nur einige Beispiele anzuführen: So war die Ueber die Hälfte genügt, hier von ihren sechs Hochöfen stillzulegen, da ihr die Kalkzufuhr um die Hälfte gestürzt wurde. Die weitere Folge war, daß das Walzwerk keine nicht aufrecht erhalten werden konnte. Im Stegen Bezirk haben sich die Geismeyer Eisenwerke genügt, im Februar vierzehn Tage lang ihren Betrieb stillzulegen, so daß 2000 Arbeiter außer Beschäftigung waren, da auch hier die Kalkzufuhr fast vollständig stockte. Ähnliche Unterbrechungen werden von anderen Seiten gemeldet.

Unter diesen Umständen muß die weitere Entwertung der Mark mit banger Sorge betrachtet werden, da das Ansteigen der Preiswelle nicht aufzuhalten ist. Dem Sturz der Mark erklärt die ganze andauernde Knapprahme des Devisenmarktes, die infolge der Ausföhrung der Summen, die die Entwertung fordert, eingetreten ist. Innerhalb sechs Wochen ist die deutsche Regierung genötigt gewesen, 155 Millionen Mark in Gold an die Entente abzuführen. Die gleichzeitige Inanspruchnahme des Devisenmarktes durch Einkäufe von Rohstoffen und Lebensmitteln hat die Nachfrage zu gesteigert, daß die Weltmarktpreise erheblich ansteigen. Dazu kommt, daß hierzulande der Exporthandel und die Industrie, soweit sie ausländische Zahlungsmittel in Besitz bekommen, die zurückhalten, denn jedes Fehlen der Mark bedeutet hier einen Gewinn. Dazu kommt, daß die Reichsbank genötigt war, im

Das neue Karthago.

Von Georges Gekhard.

Endlich ist das Gedicht zu Ende. Einige Dankschreiben distret Beifall. "Nicht abel, nicht abel!" Andere aber können sich nicht enthalten, mit einem leisen "Hi!" zu antworten. Aus dem erst der wirklich rührende Teil der Rezension. Die Kritik spielt die Melodie des Liedes "Wo kann man besser sein?" vom Göttern. Unterdessen ist Faston zu den Arbeitern, um ihnen einen Befehl zu erteilen. Unter der Wucht der Widerstöße fängt nun das ungeheure Schiff, das bis dahin unbeweglich war, an, sich zu röhren. Alle Klänge folgen mit gespannter Aufmerksamkeit den Anweisungen der vier tüchtigen Arbeiter, die unter dem Vorderteil des Schiffes aufgestellt sind und mit Hebelstangen auf der Helling des Schiffes fortbewegen lassen. Die Klänge und die Auerkallen sind verschwunden und die letzten Klänge zu Boden gefallen.

Inszwischen hat Sejad Fawlein Dohoujiez zum Tan geföhrt. Er nimmt ein elegantes, schwarzgeschliffenes Beil mit röhlichbelegtem Stiel und überreicht es der Fatia mit der Bitte, das letzte Seil, das das Schiff noch am Ufer hält, durchzuschneiden. Die schöne Gima weiß sich nicht recht dabei zu entscheiden. Sie hat zweimal drauflos; aber das Seil ist dick und hart und geht nicht so leicht entzwei. Gima wird ungeduldig und verzicht die Lippen. Blauche Leute bewundern es und lächeln über die Ungeschicklichkeit dieses verzögerten Kindes.

Die Matrosen sagen: "Das ist ein schlimmes Zeichen fürs Schiff." Und Danchenstehende fügen hinzu: "Aber auch für die Fatia." Da Fawlein Dohoujiez nicht damit fertig wird, wird auch Sejad angehalten, nimmt das Beil, und mit einem festen Schlage hakt er das Seil durch. Die ungeheure Masse des Schiffes legt sich mit einem dumpfen Geräusch in Bewegung und gleitet majestätisch auf der schiffartigen Unterlage nach dem Wasser hin. Ein patriotischer Augenblick! Sogar die Herzen der hintersten Zuschauer schlagen lebhafter.

Während das Schiff sich dem Fluße nähert, fährt es fort, wie ein lebendes Ungeheuer zu schweben und zu schwen. Es kann nicht umhin, den Eindruck zu machen, als wären langgestreckte Gerüste von den Flanken der "Gina". Gewisse Pferde weichen so vor Ent-

und Stolz im Augenblick, wo ein Reiter ihre Stärke und ihre Schnelligkeit zu erproben sucht. Möglichst rasch das Schiff mit einer gewissen Ungeduld in die schäumende See hinaus, in der die Wellen hoch aufstürzen und auseinandergehen, um die ungeheure Masse aufzunehmen.

Kaum ist das Rauschen des hinausgehenden Schiffes verstanden, da hört die Menge jubelnde Hochrufe aus. Zugleich läßt die Matraze neue, hinreißende Fanfaren erklingen, es erdröhnen wieder Kanonenschüsse, und eine ungeheure, beständig wachsende Menge von Menschen auf dem Hauptmast gehst. Die Kanonade der "Gina" bricht über alles in Jubelrufe aus, und die anderen Leute, die sich auf dem Schiff befinden und sich für den Augenblick in die Lage von schwebenden Reisenden versetzt haben, winken mit Teufelsküssen und Hüten.

Selbst führt das Schiff Holz in der Mitte des Flusses dahin und weudet sich ganzlos und mit triumphierender Würde. Es ist nicht mehr die schwere, widerstandsfähige und unerschöpfliche Masse, die eben erst bewundert wurde, denn ein Schiff, das sich außer Wasser befindet, ähnet immer mehr oder weniger einem Block, aber jeht, da es sich in keinem Element befindet, föhlt es sich erleichtert und beleicht. Die Maschine ist in Tätigkeit, die schmerzlichen Schrauben schlagen ins Wasser, der Rauch steigt aus dem ungeheuren Kamin. Jetzt funktioniert kein gewaltiger Organismus, keine eisernen und hänglernten Rüsteln bewegen sich, es dröhnt, es atmet, es schnauft, es lebt. Und wieder werden neue Hurras ausgebracht.

Auf der Erde aber unter dem Zeit stöß der Agent des Herrra Faston fasziniert die Champagnergläser und Sektiers herumzehen; die Herren fliehen in guter Eile an, indem sie auf das Wohl der "Gina" tranken. Alle drängten sich zu der schönen Fatia, um ihr zu dem glücklichen Stapellauf des Schiffes, das sie aus der Lanze gehoben, zu gratulieren. Gima führte das Glas an die Lippen und grüßte bei jedem Trinkspruch mit einem feinen, süßwollen Lächeln. Die kleinen mahligen Kinder, bleich, aber mit roten Lippen, tranken ganz gewissenhaft; da ihre Beugungen nicht bei ihnen hängen, taßen sie, als ob sie getrunken würden. Sie beugten sich so, daß ihr Gantzen fragte; sie lachten wie verrückt. Und wie die Schiffe waren ihre verlickerten Blicke!

Sejad hörte nicht auf, sich an Gima zu bewundern und ihr Aufmerksamkeiten zu erweisen. "Seht Sie, gnädiges Fräulein," sagte er nicht ohne Hintersinn, "mit meinem Schißel verdammt. In dieser "Gina", die wir gebaut und die jedesfalls Ihren Namen Ehre machen wird, werde ich mit Bergingen etwas von Ihnen wiederfinden. Hebrigens haben die Engländer, unsere Feinde im Handel,

den Schiffen die Ehre erwiehen, sie mit den Frauen zu vergleichen. Nur die Schiffe gehören dem schönen Geschlecht an."

"Was für ein kleines Mädchen bin ich neben dieser imposanten Matrone," erwiderte Gima lächelnd. "Und ich kann fast nicht glauben, daß ich sie über den Tauffein gehalten habe. Sie scheint eher mich zu beschützen. Und deshalb war ich auch vorhin so aufgeregt und so verzerrt. Wirklich, ich war ganz verzerrt ... Es schwamm mir vor den Augen ..."

Herr Dohoujiez, der durch den Erfolg seiner Tochter großmütig gestimmt war und der an herkömmlichen Gebräuchen immer streng festhielt und sich besonders bei öffentlichen Gelegenheiten nicht als geizig erweisen wollte, ließ den Bootsman rufen.

"Hier," sagte er, indem er ihm fünf Zwanzigtanzenstücke gab, "ist das Patengeschild. Teilen Sie es mit Ihren Leuten, und trinken Sie mit ihnen aufs Wohl des Schiffes."

"Eine schöne Idee," murmelte der alte Saint-Gardier vor sich hin und bemerkte dann, indem er sich zu Sejad wandte: "Die Matrosen sind ja schon so betrunken, daß sie nicht mehr auf den Beinen stehen können. Ich würde ihnen Trinkgelber geben! Sie sollten mal sehen, wie ich die Arbeiter Montags wieder nüchtern mache!"

Nachdem die "Gina" einige Wendungen und Manöver gemacht hatte, um sich der eleganten Welt, die ihrer ersten Fahrt beizugehen, von allen Seiten zu zeigen, fing sie an, schneller nach der See hinauszufahren, um andere Zuschauer zu erfreuen. Am Kai war ihr ein Platz reserviert worden, da ihre Ausrüstung erst dort vollendet werden sollte. Auch sollte sie dort ihre erste Ladung und ihre ersten Passagiere aufnehmen. Zwischen dem Hecker und dem Kapitän war vereinbart worden, daß sie in acht Tagen abfahren sollte. Dupouilly fühlte sich keineswegs geschmeichelt über den geringen Erfolg, den seine Besuche gefunden hatten. Jetzt näherte er sich wieder dem Wasser, und mit dem Champagnergefüllten Glas keckte er sich an Ende des Docks von welchem das Schiff hinaufgelassen worden war, und wandte sich an die anderen Personen der Gesellschaft, wie wenn er im Begriffe stünde, eine wichtige Handlung vorzunehmen: Achtung! Jedermann schaute nach ihm hin. Dupouilly hatte schon vorher jeden Augenblick, wenn niemand ihn beachtete, ein Glas Champagner nach dem anderen getrunken, und in der rauschhaften Stimmung, in der er sich befand, dachte er an die Heirat des Dogen und der Adria und an die antiken Transtöpfe, die die Heiden dem Ozean darbrachten, damit Reptilien und Amphibien ihnen günstig gestimmt sein sollten.

(Fortsetzung folgt.)

Februar 4,38 Milliarden Mark Papiergeld neu in Umlauf zu setzen. Wir werden mithin aus dieser finanziellen Notlage nicht herauskommen, wenn sich nicht die Entente dazu versteht, in ihrer Forderungen erheblich zurückzugehen. Kommt sie zu dieser Einsicht nicht, so werden wir leider damit zu rechnen haben, daß die Entwertung der Mark weitere Fortschritte macht und auf dem internationalen Markt sich alle die üblen Wälzungen im erhöhten Maße zeigen werden.

Ob Genua uns die Lösung der Frage bringen wird, ob es möglich ist, zu einer ruhigen, verständigen Wertung der Gesamtlage des europäischen Wirtschaftsgeliebtes zu kommen, ist sehr fraglich. Die Zahl derjenigen, die eine objektive Würdigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation geben können, ist besonders in Frankreich sehr gering. Man weiß dort nach wie vor reichlich mit Schlagworten herum. Von einer wirklichen eingehenden Untersuchung der bedeutsamen Wirtschaftsprobleme ist nur wenig zu erwarten. Wohl hat die französische sozialistische Partei durch ihre Vertretung auf der Frankfurter Konferenz, Klar zu erkennen gegeben, daß sie über das Unhaltbare des gegenwärtigen Treibens der französischen Regierung nicht im Zweifel ist, aber ihr Einfluß gegen den nationalistischen Block der Kammer ist gering.

Sehr bemerkenswert ist es, daß von Amerika wiederholt Anregungen kommen, um von dort aus den Ueberfluß der Goldreserven dienstbar zu machen für eine große Kreditorganisation. Der amerikanische Senator Owen macht den Vorschlag, aus der Bundesreservebank 500 Millionen Dollar auszuschleusen als Goldbedeckung für eine europäische Bank, die aus Washington ausgesetzt werden soll. Der Vorschlag ist sehr gut gemeint, nur scheint auch in Amerika nicht gerade sehr große Begehrung zu bestehen, die europäische Finanzkatastrophe durch diese Eingriffe in die eigenen Vermögensverhältnisse zu lösen. Auch uns wäre nicht damit geholfen; denn eine größere Verschuldung, darauf läme es hinaus, bringt nicht die Lösung anderer Finanzprobleme. Für uns gibt es nur eine Erleichterung, das ist, die Reparationslasten müssen für einige Jahre vollständig verschwinden, wenn wir zu geordneten Verhältnissen kommen wollen. Jede Belastung, auch nur in annäherndem Umfange wie sie in Cannes in Aussicht genommen wird, bringt uns nur vorwärts, sondern drückt uns weiter abwärts.

Die Bewilligung, in der Neuaufgabe von annähernd hundert Milliarden neuer Steuern löst das deutsche Finanzproblem nicht; denn das Defizit im Etat bleibt trotzdem so hoch, daß ein Ausgleich nur mit einer ganz erheblich größeren Summe möglich wäre. Selbst die Zwangsanleihe ist nur ein Nothbehelf. Dennoch muß dieser Weg beschritten werden, und wir müssen denn doch darauf achten, daß nicht der Ertrag aus unter den Händen gerinnt. Der Vorschlag, den das Finanzministerium den Parteien unterbreitet, aus der Selbstverschuldung den Betrag der Zwangsanleihe zu bemessen, den der Einzelne aufzubringen hat, würde die Anlage vereinfachen, aber es bleibt die große Gefahr bestehen, daß, wenn nicht sehr erhebliche Strafen für zu geringe Einschätzung festgelegt werden, auf diesem Wege der Ertrag nur sehr gering sein würde. Wahrscheinlich würden wir auch zu einer schwächeren Zufassung in den Vermögensverhältnissen der Landwirtschaft nicht gelangen, wenn diese Selbstverschuldung Grundlage für die Aufbringung der Anleihe wäre. Es liegt nahe, bei der Landwirtlichkeit heute die Aufbringung der Zwangsanleihe abhängig zu machen von der Größe ihres Ertrages. Die Landwirtschaft hat in diesem Wirtschaftsjahr so enorme Preiserhöhungen für ihre Produkte zu verzeichnen, daß hier Riesengewinne eingegangen sind, an denen die Steuerbelastung nicht alles übergeben kann.

Bei der Gelegenheit sei ein Einwand gegen die Zwangsanleihe gewürdigt, der dahin geht, daß uns die Zwangsanleihe auch keine Milderung des Notenlaufes bringen würde. Man argumentiert so, daß durch die Zwangsanleihe Sachanweisungen wieder in die Reichsbank zurückfließen, um die Aufnahme der Zwangsanleihe zu ermöglichen. Dieser Einwand geht deshalb fehl, weil bei jeder steuerlichen Belastung, sofern sie in die Vermögensverhältnisse eingreift, der Rückfluß von Sachanweisungen denkbar ist. Wir gehen aber nicht fehl, wenn wir annehmen, daß insbesondere in der Landwirtschaft Riesenerträge in diesem Gelde niedergelegt sind, die bei einer Zwangsanleihe zum Vorschein kommen. Es kommt ferner hinzu, daß auch bei dieser Zwangsanleihe ein erheblicher Betrag aus laufenden Einnahmen der Renten gedeckt werden wird, so daß der Zweck dieser Anleihe, den Umlauf der Notenpresse zu mildern, erreicht werden muß. Erreichen wir durch finanzielle Maßnahmen keine Verminderung des Papiergeldumlaufes, so bleiben alle Bemühungen, die Preisentwicklung zu halten, und die Mark zu einem stabilen Wertfaktor zu machen, wertlos. Deshalb muß mit aller Entschiedenheit von der Sozialdemokratischen Partei verlangt werden, daß in die großen Vermögensbestände eingegriffen wird, weil wir sonst rettungslos weiter abwärts gleiten.

Der Kapitalbedarf der deutschen Unternehmungen hatte im Februar wiederum einen erheblichen Umfang angenommen. Es ist die Neugründung von 111 Gesellschaften mit einem nominalen Aktienkapital von 52,1 Millionen Mark zu verzeichnen, während die Kapitalerhöhung der bestehenden Gesellschaften sich auf 124,3 Millionen Mark beläuft. Eindeutlich der zur Ausgabe gelangten Obligationen ist der Kapitalmarkt in Anspruch genommen mit 210,9 Millionen Mark. Je mehr die Papierflut anwächst, je stärker der Anreiz zur Kapitalerhöhung der industriellen Unternehmungen.

Ein typisches Beispiel dafür, wie einzelne industrielle Unternehmungen die Verwertung ihres Aktienkapitals betreiben, bietet wiederum der Geschäftsbericht der Baumwollspinnerei in Bayreuth. Diese Gesellschaft hat bei einem Aktienkapital von 13,5 Millionen Mark einen Reingewinn zu verzeichnen von 18,1 Millionen Mark. Nachdem 4 Millionen für Werksverhaltung, 1 Million für Sonderausgaben und 320.000 Mk. für Erneuerungsfonds abgedacht sind, erhalten die Aktionäre zum dritten Male innerhalb 3 Jahren Freiatkien und zwar werden die 6,75 Millionen Freiatkien, die bereits vom 1. Januar 1921 dividendenberechtigt sind, den Aktionären im Verhältnis von 1:2 zur Verfügung gestellt. Die Dividende für die Aktionäre beträgt 35 Prozent. Diese Geschäftsergebnisse lassen zugleich erkennen, welche Riesengewinne in einer Industrie herausgebracht werden, die einen so wichtigen Bedarfsartikel herstellt. Mit den hochgehenden Baumwollpreisen versteht man es, die Preise für Garne so zu steigern, daß die Aktionäre überreichlich dotiert werden, während die große Masse der Bevölkerung fragt, daß es ihr nicht möglich ist, den dringenden Bedarf an Wäsche und Kleidung zu befriedigen.

Aus aller Welt.

Schweres Unglück auf der Bahnstrecke. Wie aus Bochum gemeldet wird, fuhr ein Personenzug, der kurz nach 8 Uhr früh von Bochum abgeht, unmittelbar hinter der Station Bochum-Präsident in eine Gruppe Arbeiter, die das Herannahen des Zuges infolge des dichten Nebels nicht bemerkt hatten. Der Lokomotivführer und vier Arbeiter wurde getötet und mehrere Arbeiter verletzt.

Geächtetes Spielzeug. In Spanbau spielten gestern vier Knaben mit einem Sprengkörper. Dieser explodierte plötzlich und sämtliche vier Knaben wurden verletzt; zwei davon so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Ueber die Herkunft des Sprengkörpers konnte noch nichts ermittelt werden.

Gründung der Prager Messe. Am Sonntag vormittags wurde die vierte Prager Messer in Anwesenheit der Vertreter des diplomatischen Korps der tschechoslowakischen Regierung sowie zahlreicher geladener Gäste eröffnet. Die Frühjahrsmesse übertrifft an Zahl der Aussteller alle früheren Messen.

Samt über zu Pulvis geformt. Der frühere Generalintendant des Hoftheaters in Stuttgart, Baron Hans Dier zu Pulvis, in einem Berliner Krankenhaus nach einer Darmoperation verstorben. Der Verstorbene war Präsident des Deutschen Bühnenvereins.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Wahl zum Betriebsrat der inneren Verwaltung beim Magistrat,

die am 10. und 11. März stattfand, war ein voller Erfolg der freien Gewerkschaften. Von Seiten der Gemeindearbeiter, die diesem Zweige der städtischen Verwaltung in nur geringer Anzahl unterliegen, wurde nur eine, selbstverständlich freigewerkschaftliche Liste abgegeben, so daß die Aufgestellten ohne Weiteres als gewählt gelten.

Das Hauptinteresse, auch der Behörde, nahm die Wahl zum Angestelltenrat in Anspruch, da hier das Gros der städtischen Büroangestellten in Frage kommt.

Beim Wahlloortand wurden vier Vorschlagslisten eingereicht und zwar:

Liste 1, des Zentralverbandes der Angestellten.
Liste 2, der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ (gelber Betriebsverein).

Liste 3, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (im Gewerkschaftsring, Hirsch-Dunder).

Liste 4, des Gesamtverbandes deutscher Angestelltengewerkschaften (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Verband der weiblichen Angestellten und Reichsverband der Behördenangestellten).

Bei einer Belegschaft von 1532 Köpfen (im Vorjahre ca. 1750) wurden 1369 Stimmen (davon 8 ungültig) gezählt, was einer Wahlbeteiligung von ungefähr 90 v. H. entspricht.

Es ergaben sich:

Liste 1, 848 Stimmen, im Vorjahre 781,
Liste 2, 292 Stimmen, im Vorjahre 609,
Liste 3, 149 Stimmen, im Vorjahre 161,
Liste 4, 72 Stimmen, im Vorjahre nicht aufgestellt.

So daß der Angestelltenrat sich aus einem Vertreter der Liste 3, drei Vertretern der Liste 2 und acht Vertretern der freigewerkschaftlichen Liste 1 zusammensetzt, während die Liste 4 der vereinigten christlich-national-deutschnationalen Verbände ganz aussiel.

Der Erfolg des Zentralverbandes der Angestellten ist um so höher einzuschätzen, als es ihm gelang, trotz der gegen das Vorjahr über 200 Köpfe geringeren Belegschaft die auf seine Liste entfallenden Stimmen zu vermehren, während die unter gütiger Aufsicht der Behörde gegründete gelbe Wirtschaftliche Vereinigung mehr als die Hälfte an Stimmen verlor. Sie hat nur 292 Stimmen erhalten, trotzdem sie vor der Wahl von 600 Mitgliedern bestand.

Der Ausgang der Wahl sollte der Behörde zu denken geben und ihr ein Fingerzeig sein, den Bogen nicht zu straff zu spannen. Der falsch und unangenehmste Angestellten aber muß von ihren freigewerkschaftlichen Kollegen immer wieder vor Augen gehalten werden, daß nur Einigkeit zum Ziele führt und die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage nur herbeigeführt werden kann, durch den Zusammenhalt in einer finanziell starken, zentralisierten Kampforganisation, im Zentralverband der Angestellten.

Achtung!

Mitglieder des Deutschen Landarbeiter-Verbandes.

Zu dem am Sonnabend unter vorliegender Überschrift erschienenen Artikel ist ergänzend zu bemerken:

Am Abtag 4 muß es heißen: Bei Hausjungen in Großbetrieben und unverschuldeten Freiarbeitern über 20 Jahren 25% Zuschlag zum Barlohn. Das Deputat bleibt das gleiche.

Abtag 5 muß lauten: Bei jugendlichen Hausjungen in Großbetrieben und Freiarbeitern unter 20 Jahren 40% Pfenninge Zuschlag je Stunde. Das Deputat bleibt das gleiche.

Zum Freiarbeiter.

Der Verband der Freiarbeiter ersucht uns um Aufnahme folgenden Warnrufes:

Ausbeutungsobjekte gesucht müßte auf den Plätzen, die in fast jedem Breslauer Freiarbeiterausgang ausgefüllt sind, stehen, wenn die Meister der Freiarbeiter endlich sein würden. So aber schreiben sie, ein Lehrling kann sich melden, aber ein Lehrling wird gesucht, und es gibt leider immer noch viele Eltern, die auf diesen Leid hereinfallen. Lehrlinge und Lehrlingsmädchen werden angenommen, in den elementarsten Kenntnissen des Berufes ausgebildet, dann wenn sie ausgeleert sind, von dem Meister entlassen und liegen auch dann noch den Eltern auf der Tasche, wenn Sie wirklich Glück haben und eine Stelle als Gehilfe oder Gehilfin finden. Verdienen doch selbst die Besten der Berufscollegen kaum die Hälfte von dem was ein ungelerner Arbeiter verdient und dabei wird gerade der Beruf des Freiarbeiters oder der Freiarbeiter als guter von den Arbeitgebern den Eltern der Lehrlinge gegenüber hingestellt. Wie sieht es nun in Wirklichkeit aus?

Beim männlichen Lehrling angefangen. Der Meister stellt zwei oder drei Lehrlinge ein, entläßt dafür den Gehilfen, der dann das Gros der Arbeitslosen vermehren muß, und spart den Gehilfenlohn, weil ihm ja die Lehrlinge die Arbeit machen, der Lehrling erhält 10 Mark oder im Höchstfalle 40 Mark pro Monat Rohlohnabfindung. Noch viel schlimmer steht es bei den weiblichen Lehrlingen aus. Da richtet sich da und dort ein Meister ein Damengeschäft ein, und stellt sich vier oder fünf Lehrlingsmädchen ein, die dann, wenn sie ausgeleert sind, das heißt etwa nicht laßlich etwas können, sondern ihre Lehrlingszeit zu Ende ist, auf der Straße liegen und sich dann wundern, daß sie im Beruf kein Unterkommen finden. Und hat jemand Glück gehabt und hat etwas gelernt, so kann er doch keine Stellung erhalten, weil für eine Freiarbeiterin kein Meister Arbeit hat. Nur Lehrlingsmädchen beschäftigt man. Sie sollen ja auch nur 15-20 Mark den ganzen Monat. Bei 140 beschäftigten Freiarbeiterinnen sind heute schon zwanzig arbeitslos, nun werden Ostern weitere 44 frei und nehmen die Zahl der Arbeitslosen. Neueinstellungen sind schon monatelang nicht mehr vorgekommen.

So steht der goldene Beruf des Freiarbeiters aus und wir können allen Eltern raten, ihre Kinder nur nicht Freiarbeiter oder Freiarbeiterin werden zu lassen. Als Lehrlinge haben sie wohl ein Unterkommen, wo die Kosten die Eltern tragen müssen, den Nutzen der Meister zieht, dann aber müssen sie doch, um nicht zu verhungern, einen anderen Beruf ergreifen.

Darum Eltern, gebt keines eurer Kinder, ob Knabe oder Mädchen, zu einem Freiarbeiter in die Lehre, dann ist euch und euren Kindern in späterer Zeit wohl.

Was plant die Reichsgewerkschaft?

Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben: Die Landesstelle Sachsen der Reichsgewerkschaft stellt den Eisenbahnarbeitern einen vervollständigten Fragebogen zu, der als „Erklärung“ bezeichnet wird und folgenden Wortlaut hat:

„Anteichneter erklärt hiermit, daß er bereit ist, vom 1. April 1922 ab in die Reichsgewerkschaft einzutreten, wenn auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft am 3. und 4. April die Errichtung einer besonderen Arbeiterkategorie innerhalb der Reichsgewerkschaft beschlossen wird.“

Die Erklärung enthält dann noch folgende Fragen: „Vor- und Zuname, Dienst, Stellung, Dienststelle, Privatwohnung, Wo organisiert?“

Die Reichsgewerkschaft will also eine Arbeiterkategorie errichten und Herab den übrigen Eisenbahnerverbänden Abbruch tun. Das wird zwar nicht gelingen; immerhin aber kennzeichnet der Fragebogen die Bestrebungen der dar.3 den Streit kompromittieren. Höher beschwerten diese Führer stets, in eine Kampforganisation gehören nur Beamte. Wo bleibt da die Konsequenz?

Breslau (Land)-Neumarkt.

Der Dant der Trefschener.

Aus dem durch die Dammbruch-Katastrophe am 1. März d. J. schwer heimgegriffenen Dorfe Trefsch wird uns geschrieben:

Obwohl die Erbitterung in der Bevölkerung gegen diejenigen, welche dem Unglück nicht vorgebeugt haben, ungeheuer ist, sind die Bewohner erfüllt von dem aufrichtigen Dant allen denen gegenüber, welche in den Unglückstagen so hilfreich und tatkräftig die Not der Schwergeschädigten zu lindern wußten. Mit Dant und Anerkennung wird von den Schreien und unruhigen Hilfeeinstellungen gesprochen, die der Landrat des Kreises, Herr Dr. Herrmann, der als erster Vertreter der Behörden zur Stelle war, und der Regierungs-Präsident Herr Dr. Janide angeordnet haben. Ebenso hat die Technische Nothilfe Breslau ihrem Namen alle Ehre gemacht und sich voll und ganz als Helfer in der Not erwiesen. Auch der Schlesische Landbund war bemüht, obige Menschenpflicht zu üben. Allen Helfern sei an dieser Stelle für ihre treue Fürsorge herzlich gedankt.

Klein-Bresla, Kreis Neumarkt. (Organisiert euch!)

Zu was für Verhältnissen es führt, wenn die Arbeiterschaft nicht recht organisiert ist, zeigt recht deutlich der Fall des Herrn Biesering, seines Zeichens Oberinspektor auf Gut Klein-Bresla. Als die Arbeiter die noch ihnen tariflich zugehenden 3 Zentner Kartoffeln von der Gutsverwaltung forderten, erklärte ihnen Herr Biesering: „Zuerst laßt arbeiten, dann laßt essen.“ 1 1/2 Zentner will er ja den Arbeitern geben, für den Rest entwerdet 38 Pfund Roggen oder Schweinetarsofeln, so erklärte er dem Betriebsrat, als dieser deswegen vorstellig wurde. So und noch schlimmer wird es, wenn die Arbeiterschaft in der gewerkschaftlichen sowie politischen Bewegung nachlässig wird. Darum sollte es für jeden, der noch nicht organisiert ist oder gelben Verbänden angehört, heißen: Sinein in den Deutschen Landarbeiterverband und die Sozialdemokratische Partei!

Aus der Provinz Schlesien.

Achtung, Vorisigende und Kassierer der Ortsgruppen im Bezirk Mittelschlesien!

Mit der März-Nummer unseres Mitteilungsblattes sind sämtliche Ortsgruppen des Bezirkes die Abrechnungs-Formulare für das Vierteljahr Januar-Februar-März 1922 ausgegangen.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Abrechnungen bis spätestens Montag, den 10. April 1922 an uns abzuliefern sind, und bitten, diese Frist genau innezuhalten.

Mit Parteigruß

Der Bezirksvorstand: G. Schölich, E. Janotta.

Die Parteiführer des Bezirkes werden um Abdruck gebeten.

Kellner. Fünf Personen ertrunken. Der Uebergang über die Oder zwischen Marienberg und Hohenstein wird seit jeher ein Fährmann, der keine Passagiere in einem kleinen Kahn überführt. Sonntag nachmittags warteten sieben Personen auf die Ueberfahrt, zwei Männer und ein Dienstmädchen mit den Kindern des Marienberger Fleischhauereimesters Kojel. Obwohl der Kahn so viel Personen auf einmal nicht fassen konnte, setzte der Fährmann mit allen Personen über. In der Mitte des Stromes erhielt der Kahn von einem treibenden Eisblock einen Stoß, kippte um und alle Personen stürzten ins Wasser. Den Männern gelang es, sich durch Schwimmen zu retten, das Dienstmädchen und die vier Kinder, deren ältestes kaum ein Jahr zählte, ertranken. Die Leiche des Dienstmädchens wurde nach kurzer Zeit ans Ufer gespült, die der vier Kinder konnten bis jetzt noch nicht geborgen werden.

Sport in Breslau.

Fußball-Sport.

Eilefia I	—	Deis I	0:2 abgetroffen
Stern II	—	Sparta II	1:2
Sportfreunde I	—	Falte I	1:2
Sportfreunde II	—	Diana II	5:2
Sportfreunde III	—	Diana III	1:5
Britannia I	—	Wacker I	3:1
Britannia II	—	Wacker II	7:0
Britannia III	—	Riders III	4:3 Schiedsspiel

Schwerathletik.

Sonntag, den 12. März, weilte die Städtemannschaft Breslau des 1. Bezirkes des Arbeiter-Athletenbundes Deutschlands in Neuloh, um gegen die vereinigte Städtemannschaft — Neuloh, Sagan und Grimberg — einen Wettkampf im Ringen auszutragen. Die vereinigte Städtemannschaft entwickelte wider Erwarten einen jähren Widerstand, gepaart mit gutem, technischen Können, jedoch Breslau alle Energie aufzubringen mußte, um den gestifteten wertvollen Ehrenpreis in seinen Besitz zu bringen. Die Mannschaft, bestehend aus Sportgenossen Schär, Hoffmann, Werner, Morbet, Nitzsche, Wende und als Obmann Sportgenossen Tangelst. konnte somit ihren ersten Städtekampf mit 11:9 mit Erfolg beenden.

In dem Mannschaftskampf „Eichenlaub“ gegen „Sturm“-Tischsch ging, wie vorausgesehen war, „Eichenlaub“ als Sieger hervor.

Im Ringen:
Ring- und Stimmklub „Eichenlaub“ gegen Arbeiter-Athletenverein „Sturm“-Tischsch 9:1.

Im Schießen:
Ring- und Stimmklub „Eichenlaub“ gegen Arbeiter-Athletenverein „Sturm“-Tischsch 753:692 Punkte.

Wiederaufbau

heißt: Deutsche Wertarbeit fördern. Fahren Sie nur eine Bereifung, die ihren Wert durch die Praxis bewies, also

Continental

Cord-Reifen



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 13. März.

Sozialdemokratischer Verein.

Heute abend 7 1/2 Uhr

Distrikts-Veranstaltungen.

Sehr wichtige Tagesordnung. Kein Parteimitglied veräume den Besuch.

Distrikt 20. Distriktsversammlung nicht heute, sondern erst morgen Dienstag, den 14. März, abends 7 1/2 Uhr, im Erdgarten, Enderstraße 12.

Abteilung Süd-West. Parteifunktionäre, Vorsitzende von Sportvereinigungen und Elternbeiräte. Mittwoch, den 15. d. Mts., abends 8 Uhr, wichtige Versammlung bei Appelt, Friedrichstraße 41. Vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Jungsozialisten. Dienstag, den 14. März, abends 7 1/2 Uhr, spricht im Gewerkschaftshaus Gen. Privatdozent Dr. Wara über „Völkerverständnis und Internationale“.

Diese Woche sind folgende wichtige Funktionäre-Veranstaltungen:

Städtische Betriebe, politische Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder, soweit Mitglieder der SPD, Dienstag, den 14. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Galerie-Zimmer (Eingang durchs Restaurant).

Eisenbahner-Vertrauensleute der SPD und Betriebsräte, soweit Mitglieder der SPD, Mittwoch, den 15. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6.

Metallarbeiter, SPD-Funktionäre und Betriebsräte, soweit Mitglieder der SPD, Donnerstag, den 16. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Galerie-Zimmer (Eingang durchs Restaurant).

Bewerks-Vertrauensleute. Donnerstag, den 16. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6. Sehr wichtige Sitzung.

Achtung, Metallarbeiter, Mitglieder der SPD!

Die letzte Monatsversammlung der SPD-Funktionäre des Metallarbeiterverbandes hat einstimmig beschlossen, mit besonderem Hochdruck auszusprechen für unsere Arbeiterzeitung, die „Volkswacht“

zu werden. Kollegen und Genossen, lest Eure Worte nun in die Tat um. In jeder Pause, in jeder Betriebs-Versammlung und alljährlich nach Feierabend werdet ununterbrochen neue Abonnenten für unsere Zeitung und Mitkämpfer für die Sozialdemokratische Partei. Material kommt Jahr für Jahr vom unerschöpflichen Obmann oder im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Zimmer 36-37, erhalten. Hinaus mit der uns auf Schritt und Tritt beimpfenden reaktionären bürgerlichen Presse vom Schilde der „Auchten Nachrichten“. Fragt in allen Lokalen, wo Ihr verkehrt, nach der „Volkswacht“.

Kollegen und Genossen zeigt, daß die Breslauer Metallarbeiter weiterhin die Hauptgarde des kämpfenden Proletariats sein wollen.

Durch Kampf zum Sieg!

Der Obmann: Heinrich Nowak, Königgrätzerstraße 19.

Was tut die Partei?

Diese Frage kann man täglich hören. Männer und Frauen stellen sie an uns. Da ist es notwendig, Beiseit zu wissen, damit man antworten kann. Und die Sicherheit, die übersäuende Art, in der man Auskunft gibt, kann nur aus der Kenntnis des Wesens der Ziele unserer Partei resultieren. Was wir schreiben, ist festgelegt im Parteiprogramm. In diesem Dokument, das für uns die Grundlage jeder Arbeit, Richtlinie unseres Lebens ist oder sein möchte. Das alte Parteiprogramm galt drei Jahrzehnte lang, dann war es nötig, das von uns Gewollte neu zu formulieren, entsprechend den veränderten Umständen, den neuen Notwendigkeiten. Im Herbst wurde auf dem Parteitag in Görlitz das neue Programm geschaffen. Eindringender in jedem Geist, es in uns zu verankern, ist nun unsere Aufgabe. Wir wollen in Erkenntnis dieser Tatsache bei den Zusammenkünften der Frauenleiterinnen in Breslau, die in jedem Monat einmal stattfinden, das Görlitzer Parteiprogramm behandeln. Nach einer Einleitung, die von der Genossin Clara Jils gegeben wird, soll in freier Aussprache jeder Meinung Ausdruck gegeben werden. Außer den Frauenleiterinnen sind auch andere interessierte Genossinnen gern eingeladen. Die nächste Sitzung der Frauenleiterinnen und Stellvertreterinnen findet am Mittwoch, den 15. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 12, statt.

Der Arbeiter-Wohlfahrtsausschuss teilt mit daß der Vortrag von Genossen Tisch erst am Dienstag, den 21. März, stattfindet.

Der neue Kohlenpreis.

Im Hinblick auf die am 1. März 1922 eingetretene Preiserhöhung und die mit rückwärtiger Kraft ab 1. März 1922 zu erwartende Erhöhung der Grundpreise für Kohlen und Beifetts sind die Händler ermächtigt worden, für jeden Zentner Steinkohle und Steinkohlenbriketts einen Aufschlag von 10 Mark, für jeden Zentner Braunkohlenbriketts einen solchen von 7 Mark zu nehmen. Die Erhöhung der Grundpreise ist nunmehr tatsächlich mit rückwärtiger Kraft festgesetzt worden bedingt aber in erfreulicher Weise keine Steigerung der Preise um 10 Mark, sondern nur um 6 Mark für den Zentner Steinkohle, während der Aufschlag für Steinkohlenbriketts mit 10 Mark und für Braunkohlenbriketts mit 7 Mark unverändert bleibt. Alle Verbraucher, die ihrem Händler den Aufschlag von 10 Mark für den Zentner Kohle haben zahlen müssen, sind berechtigt, 4 Mark für den Zentner zurückzufordern. Falls die Rückzahlung verweigert wird, wird gebeten, dies unverzüglich dem Magistratsbüro für die Kohlenversorgung, An der Magdalenenkirche 10 schriftlich oder mündlich anzuzeigen. Die neuen Höchstpreise sind im Anzeigenteile veröffentlicht.

Dostojewskij-Feier des Bildungsvereins.

Am vergangenen Mittwoch veranstaltete der Arbeiter-Bildungsverein im Gewerkschaftshaus eine Dostojewskij-Feier. Das Andante cantabile aus dem Streichquartett in D-dur von Tschaikowsky, ausgeführt von den Herren Behr, Mundr, Herrmann und Mejer, leitete die Feier ein. Mit diesen Melodien erstand die Gefühlswelt der russischen Seele mit ihren vornehmen, phantastischen Leidenschaften - erfüllt vom Verhalten unüberwindlicher Möglichkeiten. Eine Ruhest, die in Erhabenheit, Klären und Aufbegehren das höchste Sonnenlicht eines Menschenparadieses erhebt, aber dynamisch erfüllend in sich zusammenstößt.

Der Geheimrat Professor Kálnewskij stellt hierauf die Gedächtnisrede. Er fühlte sich begeistert in die beiden russischen Dichtergestalten Tolstoj und Dostojewskij ein, um von jenem Krankenstand zu erzählen, der einem seiner besten Söhne kaum einen Lebensweg zu ersparen wußte: Qualvolle Todesgewißheit, eine nicht weniger grausame Bedrohung, die nur neue Höllentore öffnete, Verbannung in ein „Totenhäus“

Die Tätigkeit unserer Stadtverordneten.

Eine Stimme aus dem Zuschauerraum.

Gerade in letzter Zeit ist die Arbeit unserer Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung in Parteikreisen verschiedentlich einer lebhaften Kritik unterzogen worden, und es ist unbestreitbar, daß sich bei manchen Parteigenossen eine Mißstimmung bemerkbar macht, eine Verärgerung, die sich fortjagt, und zwar nicht zum Nutzen der Partei. Unsere Stadtverordneten haben im Stadtparlament die Mehrheit. Es kann und darf ohne ihre Zustimmung nichts geschehen. Sie haben also auch alle Beschlüsse, denen zugestimmt wird, voll zu vertreten, sind verantwortlich für sie, und diese Verantwortlichkeit bezieht sich zunächst einmal auf das Wohl der Stadt und ihre gesamte Bevölkerung. Selbstverständlich sind die sozialdemokratischen Stadtverordneten auch der Partei verantwortlich, aber es wird sich nie ganz vermeiden lassen, daß zwischen dem, was zum Wohle der Stadt gemacht werden muß, und dem, wie es von Seiten der Partei gemacht werden möchte Disharmonien entstehen. So kann ein Beschluß, der wohl im Augenblick der Stadt dient, und somit notwendig ist, der Partei agitatorisch verbodener Hinsicht schaden, aber in diesem Falle haben unsere Stadtverordneten recht, wenn sie von den Parteigenossen eine ruhige Würdigung ihrer Gründe verlangen. Das Wohl der Stadt steht, wie das der Bürger und des Reiches über der Partei, und unsere Genossen im Reich sollen nicht in einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien, wenn sie sich nur von rein parteiischen Gesichtspunkten leiten lassen. Die Erkenntnis, daß die Mitarbeit der schaffenden Bevölkerung an der Gestaltung unserer Arbeit die innerpolitischen und gemeinlichen Angelegenheiten eine unumgängliche Notwendigkeit ist, auch für die Zukunft unserer Partei, hat sich so Bahn gebrochen, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse längst die Wichtigkeit der rein agitatorischen Tätigkeit der Partei für uns verlassen hat. Wir sind uns also zunächst darüber klar, daß unsere Mitarbeit notwendig ist, und daß wir dort, wo wir eine Mehrheit haben, danach trachten müssen, sie zu behalten, wemöglich zu stärken, eben im Interesse der arbeitenden Bevölkerung. Die Meinungsverschiedenheiten, die sich aus der praktischen Arbeit unserer Genossen in der Gemeinde und den Vorschlägen einer der Partei dienlicheren, der Stadt aber schädlichen Politik ergeben, dürfen aber niemals über den Rahmen sachlicher Kritik hinausgehen. Sehr heftig hatte diese Kritik eingeleitet bei der Frage der Arbeitslosen. Aber hier hatten unsere Genossen keinen Scheitert getan. Von einer Schädigung des Volkswohlfühlens kann keine Rede sein. Andere Genossen sollen und müssen verlangen, daß, ehe solche leichtfertigen Vorwürfe erhoben werden, ihre Beweggründe gewissenhaft geprüft werden. In diesem Falle haben sich die Gründe als nur allzu hochgradig erwiesen, wie die öffentliche Behandlung der Frage klar gezeigt hat.

Aber die Bestimmung mancher unserer Parteigenossen hat andere Ursachen, die in der finanziellen Notlage der Stadt begründet sind, und den Vorwurf

dauernder einseitiger Belastung der arbeitenden Bevölkerung aufzuheben ließen. Der Gaspreis ist zur fast unerträglichen Last geworden, die Straßenbahnfahrt zur Luxusarbeit, und es ist ganz natürlich, wenn die Frage auftaucht: warum werden diese Lasten auf Arm und Reich gleich verteilt? Liege sich nicht zum mindesten bei der Festsetzung des Gaspreises eine Staffelung vornehmen, sei es nach der Höhe des Einkommens, sei es nach der Größe der Wohnung? Der Preis, der für den Minderbemittelten fast unerträglich ist, bedeutet für den Reichen von heute nicht viel. Man sehe sich die Lichtgüsse der Wägen an. Beweis genug dafür, daß der Magistrat 6 oder 8 Mark für das Gas von den Reichen verlangen und es den Armen entsprechend verbilligen könnte. So sagt man. Und das ist begründet. Und man wird unsere Stadtverordneten wieder fragen müssen: ist der Versuch einer Staffelung wirklich unmöglich, und warum?

Ist der Versuch schon einmal gemacht worden, die Vorschläge, die einer Staffelung entgegenstehen, zu beseitigen? Und herrscht Klarheit über die technische Durchführbarkeit ohne Verzögerung des Beamtenapparates? Eine solche müßte und konnte vermieden werden, davon sind wir überzeugt.

Warum, fragt man ferner, sucht man nicht nach neuen Wegen zur Erhaltung von Reichum und Luxus? Warum beschränkt man sich nur immer auf die regelmäßige Erhöhung der Laster, die die arbeitende Bevölkerung am meisten treffen, und die Befragenden viel weniger oder garnicht? Warum geht man nicht an eine Wohnungssteuer

heran, für die, die heute noch 6, 8, 10 oder mehr Zimmer besitzen, während die Arbeiter zusammengepöckelt haufen in schliefen Lagern? Ist es nicht möglich, die Herrschaften, die eine Bezahlung ihres überflüssigen Wohnraumes durch allerlei Spitzfindigkeiten zu hindern versuchen, am Geldbeutel zu packen, damit sie wenigstens für ihre Bequemlichkeit bezahlen und mit ihren reichen Mitteln eine Förderung des so notwendigen Wohnungsbau ermöglichen?

Ein Teil der kommenden Zuschläge zur Friedensmiete soll dem Wohnungsbau dienen. Warum wird auch diese Last gleich verteilt und damit ungerecht? Kann der, der heute noch Wohnungsluxus treibt, nicht mehr zur Befreiung des Wohnungsgeldes beitragen, als der, der das Elend am eigenen Leibe erfahren hat?

Das sind Beispiele. Unsere Genossen in der Stadtverwaltung werden diese Fragen prüfen müssen, die immer lauter werden, und dringender eine Erörterung bedürfen. Sind die Gründe schlüssig, die sie für eine Undurchführbarkeit der angedeuteten Möglichkeiten vorbringen, so wird man es einsehen. Sonst aber ans Werk, auch wenn es Mühe und Arbeit kostet!

Sibirians, flucht ins Ausland. Lange Angewohnheiten, ständige Sorge um das tägliche Brot, immer wiederkehrende politische Anfälle und so fort. Trotz allem glüht in Dostojewskij das glaubensstarke Bewußtsein: ein erlebtes Massenidiotallasse den Russen zum Heilsbringer für die Gesamtheit werden! - Der Redner sprach von Dostojewskijs seelischen und körperlichen Leiden durch und für Rußland. In den grobangelegten Dichtworten Dostojewskijs „Raskolnikow“, „Der Idiot“, „Die Brüder Karamasow“, - auf deren Inhalt der Vortragende im einzelnen einging - lebt die ehrfürchtige, grübende Liebe zum heiligen Rußland, seinem Volke, und zu der ganzen Welt. Die Darstellungen von Geh. Rat Kühnemann wurden mit ernster Begeisterung aufgenommen.

Im zweiten Teil des Programmes, der von dem Oberst aus einem Streichquartett von Borodin eingeleitet wurde, kam leider die Vorlesung einer gutgewählten Szene aus „Raskolnikow“ nicht zu rechter Wirkung. Die Wiederholung des Andantes von Tschaikowsky gab dem Abend einen stimmungsvollen Abschluß.

Wir sind überzeugt, daß dieser Abend seinen Zweck, hinzuzuführen zu den Werken Dostojewskijs, voll erreicht hat, und daß daraufhin in den nächsten Wochen in der Gewerkschafts-Zentral-Bibliothek und in familiären Volksbibliotheken alle Bücher dieses großen Russen verlichen sein werden.

Vom Arbeiterbildungsausschuss.

Arbeiterkassen, Esperanto und internationale Sprachverständigung. Mehr und mehr wird dem Esperanto, dieser neutralen, wirklich internationalen Einheits- und Sprachsprache für alle auch in Deutschland die ihm gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Kürzlich ging durch die Zeitungen eine Kritik, daß auch die Reichsregierung den Gedanken der Einführung des Esperantounterrichts an Schulen und Lehranstalten, der Heranbildung und Brünnung von geeigneten Lehrkräften nähergetreten ist, daß das Reichsministerium des Inneren das bisherige sachliche Esperanto-Institut in Leipzig ermächtigt hat, jordan die Bezeichnung „Esperanto-Institut“ des Deutschen Reiches zu führen und daß Verhandlungen gepflogen werden zur weiteren behördlichen Unterstützung der Arbeiten dieses Instituts. Morgen (Dienstag) abend 8 Uhr wird Dr. Emanuel Lewy im Gesellschaftshaus Wratzslawia, Mauritzusplatz 4, einen eingehenden Vortrag über Esperanto halten, den jeder erste Anhänger internationaler Verständigung besuchen sollte.

Mitwirkende der Kinderveranstaltungen: Unsere Hebungsstunden für Kinder-Spiele und Lese im Wohlfahrtsklub, Wratzslawiastraße 16, finden in dieser Woche ausnahmsweise am Dienstag abend, von 6 Uhr ab, statt.

Verbesserung der Schulverhältnisse in Dürrgoy.

pa. Durch die Räumung einer großen Anzahl von Klassenzimmern der Volkshochschule und die herablassende Freigabe nahezu des ganzen Gebäudes, sind die Schulbaracken am Lehmannum für andere Zwecke verfügbar geworden. Sie sollen entsprechend einem Beschlusse des Magistrats, der nach der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung bedarf, abgebrochen und in Dürrgoy, in nächster Nähe des ehemaligen Dorfschulhauses, wieder aufgebaut werden. Es wird dadurch ermöglicht werden, die so kanntlich besonders ungünstigen Schulverhältnisse in Dürrgoy bis zur Fertigstellung eines Schulhausneubaus ganz erheblich zu verbessern und daneben eine Anzahl von Wohnungen frei zu bekommen, die bereits seit Jahren auszufälligweise zur Deckung des dringenden Schulraumbedarfes, in Anspruch genommen werden mußten. Die Baracken haben sich nach dem übereinstimmenden Urteil aller Sachverständigen bisher vorzüglich bewährt. Da mit der anderweitigen Verwendung der Baracken ungewissheit ein nicht geringer volkswirtschaftlicher Schaden - durch die Freigabe von Wohnungen - verbunden ist, steht zu erwarten, daß die recht erheblichen Kosten der Verlegung (600 000 Mark) durch namhafte Zuschüsse aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge sich werden verringern lassen.

Rheinland-Rundgebung.

Auf Einladung des Reichsverbandes der Rheinlandler hatten sich die bei uns lebenden Rheinländer, Rheinländer und Saarländer außerordentlich zahlreich am Sonntag

normittag im großen Saale des Konzerthauses versammelt, um ihren bedrängten und bedrückten Stammesgenossen in den Rheinlanden ihr Angehörig auszudrücken und ihnen zu geloben, daß sie alles daran setzen werden, die Rheinlande bei Deutschland zu erhalten.

Durch die Mitwirkung des Organisten Karl Schmidt, des Spikerischen Männer-Gesang-Vereins unter Leitung von Heinrich Melcher und des Opernjängers Herzog gestaltete sich die Kundgebung zu einer feierlichen Feier.

Herr Korrell, Vdr.-Angelheim, M. d. R., sprach durch Tatsachen und Zahlen von der Not der Rheinländer. 940 000 fremde Soldaten aller Rassen sehen am Rhein. Diese Belastung kostete uns bis März 1921, 4 1/2 Milliarden Goldmark. Die Rheinlande entfallen einen wahnwitzigen Luxus; sie führen das Leben eines Zukunfts. Die gesamte rheinische Bevölkerung steht seit und treu zu Deutschland und in dieser Frage bilden auch alle Parteien bis zur U.S.P. eine Einheitsfront. Darum mögen sich auch hier alle Parteien zur Einigkeit die Hand reichen, dann soll uns die Rheinlande keine Macht der Welt nehmen.

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: Das Rheinland und Saargebiet stehen unter schwerstem politischen und wirtschaftlichen Druck. Wir erheben im ärmsten Eindrück gegen die Willkür und Brutalität des französischen Militarismus, der ein Joch auf Frieden und Selbstbestimmung der Völker ist.

Die Belastungskosten vernichten die letzte Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. Das Ausland hat die stillische Pflicht vor der Weltgeschichte gegen die „Schwarze Schmach“ Einspruch zu erheben.

Stolz auf die unerschütterliche Treue unserer Brüder und Schwestern am Rhein und Saar geloben die in Breslau versammelten Tausende Treue und deutsche Brüderlichkeit!

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche Dienstag, den 14. März, und Freitag, den 17. März, nachmittags von 1/2-1/2 Uhr, statt.

Eingang Grünstraße 46. Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung des Abkommensquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

Die Markthalle I am Ritterplatz ist am 27. März, die Markthalle II an der Gartenstraße am 3. April von 12 Uhr mittags ab wegen der Hauptreinigung für den Verkehr geschlossen.

Zur Instandsetzung von Säulern und Wohnungen werden Anträge auf Bewilligung von Beihilfen zunächst nur noch bis einschließlich Sonnabend, den 13. März 1922, vormittags 8 bis 10 Uhr, im Büro XXII, Blücherplatz 14, Hof, Eingang II, 1. Stock, Zimmer 9, angenommen.

Die Arbeitsnachweis-Fachabteilung für Musiker, bisher Weidenstraße 21 (Bürgergarten), wird am 1. April d. J. nach den Räumern der Arbeitsnachweis-Fachabteilung für das Gastwirtsgewerbe, Altbühlstraße 16/18 (Fernsprecher Ring 5253) verlegt.

Angültigkeit von Freimarcken. Die Ueberdruckfreimarcken zu 1,60 Mark, 3 Mark, 5 Mark und 10 Mark dürfen nicht mehr zum Freimachen von Postsendungen benutzt werden, nachdem sie außer Kurs gesetzt worden sind und die Frist zum Umtausch an den Postkästlern Ende Februar abgelaufen ist.

Strohkensperzung. Die Straßenkreuzung Strehler Straße und Schönstraße wird wegen Umplasterung und Einbaus der Straßenbahngleise bis einschließlich 25. März für Fußwärt und Reiter gesperrt.

Bereinstalender.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Breslau. Vertrauensmänner aller Branchen. Dienstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses, findet eine außerordentliche Vertrauensmännerversammlung statt. Siehe Inserat. Samstagsfest. Freitag, den 17. März, bei Schäfer, Wellenstraße 21, Sälebsichtigung mit gleichzeitiger Benefizveranstaltung vom letzten Sonntag, wozu alle Sportkollegen eingeladen. Die Begrüßung.

Volkswacht

für Schlefien

Anzeigenpreis: Die Zeilen für gewöhnliche Anzeigen am Sonntag 1.00 Mk., wochentlich 1.20 Mk., Einzelnummern 1.00 Mk. ...

Organ für die werktätige Bevölkerung
Jernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Gumpenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft K + L + L, Matzschkestraße 140, sowie durch alle Kioske zu beziehen. Wöchentlich 3.50 Mk., monatlich 14.— Mk., vierteljährlich 42.— Mk.

Das Monarchistengelage in Heinrichau.

Eine monarchistische Feie.

Das der A. Karschaff Breslaus wird uns folgendes geschrieben:
Vor einigen Tagen hat in Heinrichau, dem Sitz des ehemaligen Großherzogs von Sachsen-Weimar-Eisenach, die Taufe eines seiner Kinder stattgefunden. Aus Oels war die ehemalige Kronprinzessin Cécilie, aus Seydlitz der ehemalige König Friedrich August von Sachsen zu dieser Feierlichkeit geeilt. Die ehemalige Kronprinzessin hat an Stelle ihres in Weimar verweilenden Gatten, der Palastkaplan an dem Kinde übernommen hat, den Taufgang aus der Taufe gehoben. Interessant war, daß unter den Gästen Reichherzog von Württemberg aus dem Haag und der thüringische Landtagsabgeordnete und Weimarer Kammerherr von Eichel-Streiber, der Vorsitzende der deutschnationalen Partei Thüringens, erschienen waren. Die Hochfeier dauerte mehrere Tage, die Selbige haben kein Ende genommen und die feierlichen und feierlichen Gäste sollen sich (beim Fest) über die Aussichten, wieder in ihre alten Stellungen einzutreten, sehr zuversichtlich ausgesprochen haben (sogar die Republik schlägt!). Es fragt sich nur, ob nicht die Anwesenheit des Vorsitzenden der thüringischen deutschnationalen Volkspartei der ganzen Feier noch besondere politische Ziele zur Ausprägung gegeben haben.
Sicher steht dagegen fest, daß sich die Herrschaften wenig sozialen Gedanken hingegen haben, wenn man schon von der Gesandtschaft absteigt. Seit in großem Uebermaß zu verzüngen, so muß um so mehr die Tatsache Beachtung finden, daß mehrere von den Arbeitern und Arbeiterinnen des Gutes Heinrichaus noch heute zum Teil ohne Arbeit, für 10 Mark Tagelohn dem ehemaligen Großherzog Grundbesitz verrichten dürfen.

Die schwarz-weiß-roten Ordnungsjünger

Das Karickell des gewerblichen Mittelstandes in Berlin veranstaltete am Sonntag eine Kundgebung, insbesondere gegen die Überlastung des Mittelstandes mit Steuern. Die deutschnationalen waren eifrig dabei, auch diese rein wirtschaftliche Kundgebung zu parteipolitischen Zwecken auszunutzen. Kaum hatten die einzelnen Redner mit ihren Ausführungen begonnen, als auf der Treppe des alten Museums eine schwarz-weiß-rote Fahne gehißt wurde. Ein Teil der Demonstranten protestierte gegen diese parteipolitische Ausnutzung, so daß sich die Demonstrationsleitung gezwungen sah, die deutschnationalen Agitatoren vom Platze zu verweisen und ihnen desgleichen die Verteilung deutschnationaler Broschüren zu verbieten. Mit Widerwillen zog der deutschnationale Trupp unter Belästigung von Passanten und Abhängen monarchistischer Lieder ab. Am Kurzeabend kam es gegen 3 Uhr mittags zu einem Zusammenstoß zwischen der Schupo und den lärmenden deutschnationalen Jugendbündlern. Die Schutzpolizei war von mehreren Stellen um Hilfe gebeten worden, da die deutschnationalen Ordnungsjünger die Belästigungen der Passanten nicht einstellten, sondern teilweise sogar handgreiflich wurden. Der Aufforderung eines Schutzpolizeibeamten, den Zug aufzulösen, wurde nicht entsprochen. Als dann der Beamte einen der Hauptführer festnahm, folgten die übrigen Schupo-Bündler mit lautem Schreien und unangenehmen Schimpfen. Nach dem polizeilichen Verhör wurde herangeführt worden war, wurde der Gesellschaft ein Polizeiaufgebot von 20 Mann entgegen geschickt. Der Versuch, den Fahnenträger festzunehmen, gelang nicht, da dieser Held die Fahne zerriß und das Weite suchte. Ein Wachmeister wollte ihm nachsehen, kam hierbei jedoch zu Fall und unter wüsten Schimpfen, wie „Schlagt den Hund tot“, „Haat ihn“, kürzten sich die Umstehenden auf den Beamten, der sich gezwungen sah, einen Schreihühner abzugeben. Erst jetzt kehrten die deutschnationalen Ordnungsjünger von ihrem Opfer ab und flüchteten nach allen Richtungen. Der ganze Vorfall endete mit der Festnahme von ungefähr 20 deutschnationalen Schupo-Bündlern.

Die Deutschnationalen wieder in der bayerischen Regierung.

München, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Die heutigen Münchener Beschlüsse lassen den Schluß zu, daß die Gefahr des Wiedereintritts der Deutschnationalen in die bayerische Regierung keineswegs beseitigt ist. Die „Staatszeitung“ bedauert den Abbruch der Koalitionsverhandlungen und fordert neuerdings den Zusammenbruch einer bürgerlichen und wahrhaft staatsverhaltenden Koalition. Das Blatt schreibt: „Wir hoffen auch jetzt noch, daß die Fäden zwischen den Parteien wieder geknüpft werden, die unerwartet gerissen sind. Auch die Organe der Bayerischen Volkspartei aller Richtungen stellen sich auf den Standpunkt der Erneuerung der Koalition zwischen Deutschnationalen unter Ausschluß der Demokraten. Der „Regensburger Anzeiger“ glaubt, die Demokraten hätten mit ihrer Taktik einen dummen Streich gemacht, der ihnen noch teuer zu stehen kommen werde. Auch deutlicher wird der „Bayerische Kurier“. Er bezeichnet als Folge des „Anfluges“ und unrichtigen Schrittes“ der Demokraten die schwere Erschütterung der Koalition. Selbstverständlich fordern die schärfstmündigen Organe „Münchener Neueste Nachrichten“ und „Frankfurter Kurier“ die baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen unter diesen Umständen. Man kann unter diesen Umständen mit der baldigen Wiederaufnahme neuer Verhandlungen über die Erweiterung der Regierungskoalition rechnen.

Der Irrtum des Schwarzburgers.

Bekanntlich war der Fürst von Schwarzburg einer der ersten ehemaligen deutschen Fürsten, mit dem über die finanzielle Abfindung aller Fürstliche eine Regelung erzielt werden konnte.

Der Fürst von Schwarzburg hat dann mit dem sinkenden Geldwert mehrfach Versuche unternommen, die ihm feinerzeit zugesprochene Abfindung zu erhöhen, so daß man in Thüringen gewissermaßen von der Lohnbewegung eines Fürsten sprach. Neuerdings hat der hohe Herr sich an einen Rechtsgelehrten in Münster gewandt, um ein Gutachten zu erhalten, womit er den bald nach der Revolution abgeschlossenen Abfindungsvertrag mit dem Lande Thüringen wegen Irrtums (!) und angeblicher Verletzung von Treu und Glauben anzufechten beabsichtigt. In diesem Kleinstampfe gegen einen deutschen Rechtsstaat stehen dem Fürsten verschiedene ehemalige Minister von Weimar zur Verfügung. Die Herren benutzen also ihre von der Republik bezahlte Pensionszeit, um dem Vertragsgegner der Freistaates Thüringen Hilfe zu leisten.

Die Drohung des Hanfabundes.

Der Hanfabund für Gewerbe, Handel und Industrie fordert in einer Rundschreiben einen „Bund der Vernunft“. Dieser Bund kommt der von den Deutschnationalen geforderten „Einheitsfront“ gleich und wird damit begründet, daß Deutschland unrettbar verloren ist, wenn es nicht gelingt, alle Kräfte des deutschen Wirtschaftslebens in positiver Leistung zusammenzufassen. U. a. wird auch verlangt, daß die Parteien die wirtschaftliche Notwendigkeit des Tages erkennen. „Vernunft dies nicht“ — so heißt es zum Schluß — „so wird die ungeheure Not der Zeit dazu führen, daß die deutsche Wirtschaft über die Parteien hinweg sich eigene Wege sucht.“
Das Bestreben der deutschen Wirtschaftstresse geht schon lange dahin, alle Macht zu erlangen und die Parole „alle Macht der Wirtschaft“ ist nicht mehr neu. Neu an der Rundschreiben des Hanfabundes ist lediglich die Drohung, eigene Wege zu gehen, falls sich die Parteien nicht fügen. Diese Drohung kann hauptsächlich nur für die Deutsche Volkspartei in Frage kommen, da diese Partei bisher wenigstens vorgab, die deutsche Wirtschaft zu vertreten. Es scheint also im Falle des Herrn Stresemann! Wenn auch die Sozialdemokratie die Drohung nicht als an sich gerichtet fühlt, so wird sie dennoch bereit sein, die Drohungen der Wirtschaftstresse genügend zu parieren.

Die Unterjuchung gegen Hermes.

In der Sonnabend-Sitzung des Untersuchungsausschusses gegen Minister Dr. Hermes stellte der Vorsitzende, Abg. Fischer (Dem.) fest, daß alle bisherigen Beweisanträge zu den Fragen der Auto- und Möbelbeschaffung und zum Fall Augustin erledigt seien. Neue Beweisanträge des Abg. Herz (L. Soz.), die sich auf Zeitungsberichte stützten, wurden zurückgewiesen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Meldungen irrtümlich waren. Ueber diesen Teil seiner Untersuchungen wird der Ausschuss nunmehr einen abschließenden Bericht stellen.
Beschlossen wurde einstimmig unter Zustimmung des Ministers, die Unterjuchung nun auch auf die Weinanlegerei auszudehnen. Der ganze in Frage kommende Schriftwechsel und die Protokolle über die in dieser Angelegenheit geführten Besprechungen sollen dem Ausschuss vorgelegt werden.

Der Fortgang der Steuerberatungen.

Die Vereinigten Steueraussschüsse des Reichstages traten am Sonnabend zur Beratung des Gesetzesentwurfs über Änderungen des Finanzwesens (Mantelgesetz) zu sammen. Paragraph 1 dieses Gesetzes bestimmt, daß die Reichsregierung für diejenigen Kredite, die für das Rechnungsjahr 1922 bereitgestellt sind und nicht für die Verkehrsanstalten bestimmt sind, Mittel im Wege einer in Reichsmark einzuzahlenden, in den ersten drei Jahren unverzinslichen Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwertes von einer Milliarde Goldmark kassiert machen soll. Paragraph 2 schreibt vor, daß die 14 Steuergesetze, soweit nicht in ihnen etwas anderes bestimmt ist, einheitlich, zugleich mit dem Mantelgesetz, in Kraft treten. Nach kurzen Erklärungen der Parteien, von denen die der Unabhängigen und Deutschnationalen abstehehend waren, wurde das Gesetz vor den Steueraussschüssen angenommen.

Die Abgeordneten müssen in Berlin sein.

Durch die Obstruktion der Kommunisten wurde in den Freitagssitzungen des Reichstages die Beschlußfassung über das Branntweinmonopolgesetz unmöglich gemacht. Es ist anzunehmen, daß die Kommunisten mit der Obstruktion auch in der kommenden Woche bei der Beratung der Steuergesetze fortfahren. Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werden deshalb ermahnt, in dieser Woche vollständig zu den Sitzungen zu erscheinen und sich für keinerlei Versammlungen zu verpflichten.

Das Hausgehilfengehelt im Reichswirtschaftsrat.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Entwurf eines Hausgehilfen-Geheltes. Der Entwurf gilt als Rotgelei. Eine Kommission hat ihn bereits in 24 Sitzungen durchberaten und erstattete dem Ausschuss Bericht. In der Debatte konnte über den Begriff der „häuslichen Gemeinschaft“ keine Einigung erzielt werden. Ein Unteraussschuss soll sich erneut mit dieser Frage beschäftigen. Bezüglich der Form des Arbeitsvertrages sowie der allgemeinen Vorschriften über die Pflichten und Rechte der Hausgehilfen wurden im wesentlichen die Beschlüsse der Kommission angenommen. Abgelehnt wurde die Kommissionsfassung, die in der Frage des Wohnraums einen Mindestwohnraum von 15 Kubikmeter vorsch. Auch der Antrag, der den Hausgehilfen „gelunde und auskömmliche Kost“, entsprechend der Hauswirtschaftsleitung zuzurechnen wollte, wurde abgelehnt, da man in dieser Fassung keine genügende Sicherheit erblickte. Die Beratungen werden darauf verlagert.

Streiks im englischen Weltreich

In England erfolgte am 11. März die große Ausperrung in der Metallindustrie. Zu dem Millionenheer der Arbeitslosen wird sich eine neue Arbeitslosenarmee von etwa einer Million Mann gesellen. Die Ursache der Ausperrung ist in dem Verlangen der Arbeitgeber zu suchen, im Gegensatz zu dem bisherigen Brauch, künftig Ueberstunden ohne vorherige Vereinbarungen mit der Arbeiterchaft ansetzen zu dürfen. Zu dem Lohnabbau, der immerhin mit sinkender Konjunktur und fallenden Preisen gerechtfertigt werden könnte, gesellt sich ein zweiter Angriff auf die sozialen Sicherungen des Arbeiters. Was Wunder, daß die Metallarbeiter sich dem nicht ohne weiteres ausliehen wollten. Sie lehnten zunächst die Vorschläge der Arbeitgeber ab, erklärten sich aber bereit, über die Frage in Verhandlungen zu treten, wenn bei dieser Gelegenheit auch Wünsche der Arbeiterchaft auf anderen Gebieten zur Diskussion gestellt würden. Die Arbeitgeber gingen nicht darauf ein und wenn sie so rasch mit dem letzten Mittel der Ausperrung bei der Hand waren, so darf man daraus wohl den Schluß ziehen, daß ihnen der Konflikt nicht ganz unangenehm kommt und daß sie bei der Ausperrung nicht übel zu fahren hoffen. Auch in diesem „Streik der Arbeitgeber“ haben wir eine jener Folgeerscheinungen der englischen Wirtschaftskrise zu erblicken, deren Ursache zum großen Teil in dem längst als Wahn erkannten Reparationsystem zu suchen ist, um dessen grundlegende Aenderung sich der englische Finanzminister Horne vor den vereinigten Finanzministern der Entente in Paris bemüht.

Auch für Europa beachtenswert ist der Generalstreik in der Minenindustrie Südafrikas, der nach letzten eingetroffenen Nachrichten zu einem Generalstreik sämtlicher Arbeiter im Randminengebiet geführt zu haben scheint. Nicht wegen der fürmischen Formen, die er annimmt, nicht wegen der Kämpfe, die Südafrika durchtoben — sollen. Derartige Sensationsberichte pflegen in Südafrika regelmäßig die von der Regierung unterstützte Belegitimität zu den materiellen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu sein, ein System, das die englische Regierung in dem großen, drei Monate lang währenden Streik der Bergarbeiter im Frühjahr und Frühsommer vorigen Jahres mit weniger gutem Erfolg nachzuahmen versuchte. In Südafrika handelt es sich darum, die Buren, Bauern, also die Landbevölkerung gehörig gegen die Arbeiterchaft aufzureizten, um die für die Auffüllung der Volkseinnahmen benötigten Ziffer Freiwilliger aus dem Nachwuchs des Landes auf die Beine zu bringen. Wichtig ist diese sehr lebendigen Kampfesgeschichte ist die Vorgeschichte des Streiks. Die Ursache ist auch hier die industrielle Krise. Um den Zusammenbruch einer Anzahl von Minen zu verhindern, wurde von den Industriellen ein Sparmaßnahmenprogramm vorgelegt, das vorschlug, die Zahl der schwarzen Arbeiter zugunsten der weißen zu vermehren, das Kontraktssystem zu revidieren und die Löhne herabzusetzen. Ob sich der Hauptwiderstand der Arbeiter bei den darauf einsetzenden Verhandlungen auf den Lohnabbau bezog, ist uns nicht bekannt, jedenfalls erregte der Vorschlag, die Verhältniszahl zwischen den schwarzen und weißen Arbeitern zugunsten der (kostspieligen) weißen herabzusetzen, eine ungeheure Erbitterung, die man nur verstehen kann, wenn man berücksichtigt, daß der Gegensatz zwischen schwarz und weiß in Südafrika ebenso leidenschaftlich ist, wie in den Vereinigten Staaten, oder wie der Gegensatz zwischen gelb und weiß in Australien. In dieser Hinsicht spielen dort Rassenfragen eine bei weitem größere Rolle, als in Europa.

Der Ministerpräsident von Südafrika, General Smuts, der sich während der Reichskonferenz der englischen Kolonien in London durch seine vermittelnde Haltung auszeichnete und dem das Verdienst gebührt, in der Zeit der größten Spannung eine Verständigung zwischen England und Irland angebahnt zu haben, nahm die Vermittlung in die Hand. Sei es nun, daß man es ihm in Arbeiterkreisen noch nicht vergessen hat, daß er im Jahre 1914 gegen die streikenden Bergarbeiter ein Heer von 60 000 berittenen Buren ins Feld führte, sei es, daß der von ihm bereits monatelang vorher vertretene Grundsatz, die südafrikanische Industrie könne nur durch eine erhebliche Lohnherabsetzung gerettet werden, mit Mißtrauen erfüllt oder mochten die Gegen-

sätze zwischen beiden Parteien zu groß sein, jedenfalls schlug der Vermittlungsvorschlag fehl und der Streit brach aus. Als die Situation unangenehm zu werden begann, trat der Ministerpräsident im Auftrage der Regierung an die Minenarbeiter mit dem Ersuchen heran, im Interesse der Gesamtbevölkerung wenigstens die lebenswichtigen Kraftstationen zu versorgen. Die Streikleitung war nicht abgeneigt, darauf einzugehen, nur stellte sie ihrerseits das Verlangen, daß die für diese Zwecke benötigte Kohlenförderung nur durch die streikende Arbeiterschaft in die Wege geleitet würde und daß die Streikleitung über die Verteilung und die Kontrolle der verteilten Kohlen zu verfügen habe. Dieses Ansinnen lehnten Regierung und Unternehmer gemeinsam ab. Anscheinend hat man auf beiden Seiten eine ganz gehörige Portion Angst vor dem Bolschewismus.

Soweit waren die Dinge bis Mitte Januar gediehen. Die Zahl der Streikenden überstieg zunächst nicht 25 000 und man hörte nicht sehr viel über das hartnäckige Ringen. Die Proklamierung des Generalstreiks auch in anderen Betrieben deutet nunmehr darauf hin, daß in dem Streit Veränderungen eingetreten sind, über deren Wesen und Ursache unrichtig zu werden, auch Europa dringendes Interesse hat. Zunächst liegt die Mutmaßung nahe, daß auch hier die Massenfrage eine sehr bedeutende Rolle spielt.

Flugzeugbomben auf Streikende.

London, 12. März. Reuter meldet aus Johannesburg vom 11. d. M.: Im Laufe des größeren Teils des Tages haben abendliche Kämpfe stattgefunden. Flugzeuge bewarfen die Abteilungen der Streikenden zweimal mit Bomben. Die Luftschiffe, die durch die Bomben getroffen wurden, hatten schwere Verluste. Aus Rache begannen sie in Sonon und Volksburg Häuser in Brand zu setzen.

Johannesburg, 12. März. Die Verluste bei den vorgestrigen Kämpfen werden auf 600 geschätzt, darunter 80 Tote. Das Schrecken dauert in den Augenblicken an. Die Lage der Polizei wird als etwas gebessert angesehen. Eine Abteilung indischer Freiwilliger wurde von Streikbänden überfallen, wobei 18 Soldaten getötet und 25 verwundet wurden. Die gestrigen Verluste überstiegen die Zahl von 100 Toten, außer einer großen Zahl Verwundeter.

Starke Wirren in Indien.

London, 11. März. Nach einer amtlichen Meldung ist der indische Nationalistenführer Gandhi verhaftet worden. Die Mächte nehmen an, daß er deportiert wird. Man befürchtet, daß die Verhaftung Gandhis das Stützgerüst für den allgemeinen Aufstand sein werde. Bekannte andere mohamedanische Führer sind seit einigen Tagen verhaftet worden. In vielen Orten werden die Bürgerwehren zur Unterstützung der Polizei einberufen. Viele Geschäftshäuser mußten deshalb schließen, weil ihre Angestellten Polizeidienste versehen müssen. Die Propagandaaktivität gegen alles, was aus dem Ausland kommt, ist in Indien im vollen Gange. In der Gegend von Kalkutta bei Kuchin wurden Auftritte in englischer Sprache verteilt, in denen zur Ermordung aller Engländer und zur Abhängigkeit des Reiches aufgerufen wird. In Versammlungen wird die Vernichtung der gesamten englischen Regierung empfohlen. Morde und Missetaten sind an der Tagesordnung.

London, 11. März. Laut „Wall Mall and Globe“ wird der Vizekönig von Indien, Lord Reading, zu treten, vorausgesetzt, aber erst nach der Abreise des Prinzen von Wales aus Indien.

Preussischer Landtag.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Bewilligung von 20 Millionen zur Gewährung von Beihilfen aus Anlaß der durch die Hochwasser im Jahre 1920 im Ober-, Mittel- und Niederrhein, sowie in der Ober- und Niederelbe, in Schlesien und Brandenburg herbeigeführten Beschädigungen, wird nach Zustimmungserklärungen aller Parteien dem Hauptauschuß überwiesen.

Bei der Beratung eines deutschnationalen Antrages, der sich gegen die Sozialisierung von Handwerk und Gewerbe richtet, eine Neuregelung der Gewerbe- und Betriebssteuern und des öffentlichen Beschäftigungswesens, den Ausbau der öffentlichen Regierbezirke und die Förderung der Ausübung von Berufsangehörigen, tritt Abg. Werner-Röhne (Soz.) für die Sozialisierung des Handwerks ein. Das Interesse der kleinen Arbeiter sei wichtiger, als das der paar hunderttausend Handwerksunternehmer. Der Antrag wird dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen.

Es folgt die Beratung der von den Sozialdemokraten und den Unabhängigen gestellten Anträge auf Aufhebung des Ex-

zesses des Wohlfahrtsministers durch den die Sperre über die Gehälter der Kassenangestellten verhängt worden ist, wonach diese Gehälter sich nach der Beamtenbesoldung zu richten haben.

Abg. Bad (U. Soz.): Da die Kassenangestellten dem Betriebsrat unterliegen, kann man sie nicht ohne weiteres unter dem Beamtenrecht stellen. Ein Gutachten des Reichsjustizministers besagt ausdrücklich, daß diese Verordnung des Wohlfahrtsministers auf die Angestellten keine Anwendung finden kann. Wir beantragen Überweisung unseres Antrages an den Hauptauschuß.

Abg. Scholich (Soz.):

Unser Antrag ist bereits am 14. Juli v. J. gestellt und kommt erst heute zur Verhandlung. Der Erlaß des früheren Wohlfahrtsministers ist ein Eingriff in die Selbstverwaltungsgewalt. Es ist zu prüfen, wie weit diese Verordnung noch aufrecht erhalten werden kann. Herr Siegelwald hat versprochen, die Oberverwaltungsämter anzuweisen, den Krankentafeln keine Schwierigkeiten zu machen. Die Oberverwaltungsämter haben sich aber danach garnicht gerichtet. Man sollte doch endlich aufhören, den Krankentafeln Schwierigkeiten zu machen, zumal man ihnen heute alle möglichen Laiken aufspart.

Abg. Werner (Dn.): Auch wir wollen, daß den Angestellten ihr Recht wird, deshalb stehen wir den Anträgen sympathisch gegenüber.

Ein Vertreter des Wohlfahrtsministeriums erklärt, daß es sich nicht um eine Verteilung, sondern nur um eine Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts handelt. Wenn die Oberverwaltungsämter die Angelegenheiten teilweise nicht zur Zufriedenheit erledigen, so habe das seine Hauptursache in sachlichen Schwierigkeiten. Gegen den Erlaß sei bereits Beschwerde erhoben worden, über die das Landes-Schiedsgericht zu entscheiden habe.

Abg. Lemmer (D. Volksp.) fordert baldige Klärung der Lage der Kassenangestellten. — Darauf werden die Anträge dem Hauptauschuß überwiesen.

Abg. Dr. Meyer-Dittrich (Komm.) begründet den Antrag seiner Fraktion, 20 Millionen Mark zur Linderung der Hungersnot in Rußland zu bewilligen. Die Mittel sollen gemohnt werden durch Streichung eines gleichgroßen Postens für die Schupo, speziell für das Spitzelwesen. Der Antragsteller führte aus: Die Privatwohlthätigkeit genügt nicht zur Abwehr der rußischen Katastrophe. Das kapitalistische Deutschland sei mit schuldig an diesem Zustand. Deutschland treibe gegenüber Rußland eine mehrfache Politik und bediene sich im Schlepptau der englischen Politik.

Abg. Krüger-Votscham (Soz.):

Wenn wir dafür eintreten, daß den Hungern den geschlossenen werden soll, so heißt das nicht, daß wir die bolschewistischen Methoden anerkennen. Wir haben bereits im vorigen Jahre grundsätzlich durch einen Beschluß des Landtages eine Unterstützung zugesagt. Wir beantragen daher neuen Antrag der Kommunisten dem Hauptauschuß zu überweisen, weil er in der vorliegenden Form für uns unannehmbar ist und weil wir der Auffassung sind, daß die Kommunisten diese Form nicht ohne Rücksicht gewählt haben. Wir sind der Meinung, daß die vom Staat zur Verfügung gestellten Mittel unter unparteiischer Kontrolle verteilt werden müssen. Der zweite Absatz des Antrages ist für uns unannehmbar. Die Kommunisten werden doch nicht behaupten wollen, daß die Bevölkerung der 20 Millionen von der Streichung eines entsprechenden Postens vom Etat der Schupo abhängig gemacht wird. Über die Durchführung eines anders formulierten Antrages werden wir uns im Hauptauschuß unterhalten.

Abg. Dr. Fehrbender (Zentr.) führt aus, daß es viel richtiger sei, die freie Arbeitsbeschaffung aufzurufen, anstatt die Staatsmittel in Anspruch zu nehmen. Die demagogische Verknüpfung mit der Streichung der Beiträge für die Schupo lehne er ab.

Der Antrag der Unabhängigen wird die Weiterberatung mit den Stimmen der Unabhängigen, Kommunisten und Deutschnationalen auf Montag vertagt.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Fortsetzung der Besprechung des kommunistischen Antrages, kleinere Vorlagen, Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe. (Schluß 4 Uhr).

Das Ergebnis der alliierten Finanzminister-Konferenz.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Die alliierten Finanzminister gaben nach Beendigung der letzten Sitzung in Paris folgende amtliche Mitteilung heraus:

Die Finanzminister haben eine Regelung der schwebenden Fragen vorgenommen und sind zu einem vollkommenen Einverständnis über die Verteilungen der deutschen Zahlungen gelangt. Im Laufe ihrer Verhandlungen haben die Finanzminister die allgemeine Frage der Reparationsleistungen besprochen. Sie sind zu der Uebereinstimmung gekommen, daß nach dem Versailler Friedensvertrage den Erklärungen der Regierung. Diese Frage ausschließlich zu den Befugnissen der Reparationskommission gehört. Sie haben aber einmütig anerkannt, wie wichtig es ist, daß die Regierungen ihren Delegierten in der Reparationskommission die Notwendigkeit begründlich machen, so daß sie möglichst bestimmte Vorschläge ins Auge zu fassen, um die Reparationszahlungen sicher zu stellen, sei es durch die Sa-

nierung der deutschen Finanzen und durch effektive Kontrolle, es durch Ausgabe ausländischer Anleihen durch Deutschland, die durch die Zolleinnahmen oder durch Einnahmemeasures, die die Reparationskommission aufstellen wird, und die dazu dienen sollen einen Teil des Kapitals der deutschen Schulden zu tilgen, sichergestellt werden. Die Minister haben sich auch mit der Regelung der von den alliierten europäischen Mächten untereinander kontrahierten Schulden beschäftigt.

Von der Berliner Börse.

Am Wochenende zeigten sich am Berliner Devisenmarkt wieder sehr heftige Schwankungen. Der Dollar wurde Anfangs mit 258 gehandelt und ging vorübergehend bis auf 253 zurück. Mittels notierten Kabel New York 256,25, London 1115, Holland 9650.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Starke Erhöhung der Indexziffer. — Preiserhöhung für Kohle und Eisen. — Stilllegung von Hüttenwerken. — Die Entwertung der Mark. — Die neue Preiswelle. — Die Aussichten für Genua. — Die Zwangsanleihe. — Der Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft. — Der Gewinn der Bayerische Baumwollspinnerei.

Die Befürchtung, die wir äußerten, daß im Monat Februar die Indexzahl für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung sich abermals gegenüber dem Januar erheblich steigern würde, bestätigt sich. Die Indexzahl ist von 1640 auf 1989 gestiegen und erreicht damit ein Plus von 349 Punkten resp. 21,3 Prozent, im Vergleich zu dem gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme von 120,8 Prozent. Leider dürfte damit der Höhepunkt in der Preisentwicklung noch nicht eingetreten sein, denn der Monat März bringt bereits wiederum erhebliche Preissteigerungen auf fast allen Gebieten. Allen voran steht wiederum eine Erhöhung der Kohlenpreise, die einschneidend für die Industrie ist. Der Preis der besten Kohlen steigt von 123,55 Mark pro Tonne erforderlich. Die Preiserhöhung ist notwendig geworden durch eine Vollerhöhung, die für das Ruhrgebiet und das rheinische Braunkohlengbiet 19,45 Mark pro Schicht und für den mitteldeutschen und ostfälischen Braunkohlengbiet 15,15 Mark einschließlich Kirscheisen im Durchschnitt beträgt. In die erhöhte Preisstufung ist außerdem der Bergbau 15 Mark pro Tonne höhere Abschreibung eingebaut, damit er in der Lage ist, Betriebseinrichtungen zu erneuern und zu erweitern und neue Schachtanlagen zu betreiben. Wir würden mit dieser Preiserhöhung nahezu an die Weltmarktpreise gelangen, wenn nicht mittlerweile durch eine weitere sehr starke Entwertung der Mark eine entsprechende Erhöhung der ausländischen Kohlenpreise für uns eingetreten wäre.

Auf einem wichtigen Gebiet unserer Rohstoffherzeugung, dem Rohisenmarkt, ist gleichfalls eine Herabsetzung der Preise zu verzeichnen, die einen starken Einfluß ausüben muß auf die gesamte verarbeitende Industrie. Rohisen war noch im November vorigen Jahres die Tonne mit 2200 Mark angelegt, es ging im Februar auf 3447 Mark hinauf und erreichte nun im März 4212 Mark. Diese Preiserhöhung, die die Stabellenpreise im gleichen Ausmaß gefolgt sind, hat zur Folge gehabt, daß die Inlandspreise teilweise die Preisobergrenze im Ausland überschritten garten. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß hier eine Uebersteigerung in der Preisentwicklung eingetreten ist; denn die deutsche Industrie ist immer noch in der Lage, billiger zu produzieren als das Ausland. Es muß also, wenn der Preis über den Weltmarktpreis hinausgeht, eine Uebersteigerung in der Preisberechnung der heimischen Industrie vorhanden sein. Stabellen für im November vorigen Jahres mit 4500 Mark die Tonne angeboten und ist nunmehr auf 7050 Mark hinaufgeschwenkt. Die Preissteigerung ist bedingt durch ungenügenden Stand in der Rohstoffherzeugung der Hüttenwerke. Wie berichtet wird, mußten in größerem Umfang bei den Hüttenwerken Einschränkungen in der Produktion erfolgen. Um nur einige Beispiele anzuführen: So war die Ueber-Hütte genötigt, vier von ihren sechs Hochöfen stillzulegen, da ihr die Kohlenzufuhr um die Hälfte gekürzt wurde. Die weitere Folge war, daß das Walzwerk keine nicht aufrecht erhalten werden konnte. Im Siegerer Bezirk haben sich die Weisweiler Eisenwerke genötigt, im Februar vierzehn Tage lang ihren Betrieb stillzulegen. So daß 2000 Arbeiter außer Beschäftigung waren, da auch hier die Kohlenzufuhr fast vollständig stockte. Ähnliche Unterbrechungen werden von anderen Seiten gemeldet.

Unter diesen Umständen muß die weitere Entwertung der Mark mit großer Sorge betrachtet werden, da das Anschwellen der Preiswelle nicht aufzuhalten ist. Den Sturz der Mark erklärt die starke abwärtsgerichtete Konsumtion des Devisenmarktes, die infolge der Ausführung der Sammen, die die Entente fordert, eingetreten ist. Innerhalb sechs Wochen ist die deutsche Regierung genötigt gewesen, 155 Millionen Mark in Gold an die Entente abzuliefern. Die gleichzeitige Quantität des Devisenmarktes durch Einkäufe von Rohstoffen und Lebensmitteln hat die Nachfrage so gesteigert, daß die Aufwärtsbewegung erklärlich wird. Dazu kommt, daß sicherlich der Exporthandel und die Industrie, soweit sie ausländische Zahlungsmittel in Besitz bekommen, dies zurückhalten, denn jedes Franken der Mark bedeutet hier einen Gewinn. Dazu kommt, daß die Reichsbank genötigt war, im

Das neue Karthago.

Von Georges Cehond.

25] (Nachdruck verboten.) Einmal ist das Gedicht zu Ende. Einige Leute klatschen Metrol Beifall. „Nicht übel, nicht übel!“ Andere aber können sich nicht enthalten, mit einem leisen „Auff!“ aufzuatmen. Auf kommt erst der wirklich ruhrende Teil der Zeremonie. Die Musik spielt die Melodie des Liedes „Wo kann man helfen sein?“ von Geirny. Unterbreiten eilt Rulson zu den Arbeitern, um ihnen einen Beleg zu erteilen. Unter der Wucht der Widerstände fängt nun das ungeheure Schiff, das bis dahin unbeweglich war, an, sich zu rühren. Alle Hände folgen mit gespannter Aufmerksamkeit den Anstrengungen der Schaar lächelnder Arbeiter, die unter dem Vorderteil des Schiffes aufgestellt sind und mit Hebeln auf der Helling das Schiff fortzubewegen suchen. Die Klöße und die Querbalken sind verschwunden und die letzten Stützen zu Boden gefallen. Zwischen hat Hejard Fräulein Dobouzie zum Tau gefährt. Es nimmt ein elegantes, schiffähnliches Teil mit bläulichem Stiel und überreicht es der Patin mit der Bitte, das letzte Seil, das das Schiff noch am Ufer hält, durchzubauen. Die schöne Gina weiß sich nicht recht dabei zu benehmen. Sie hat zweimal drauflos; aber das Seil ist die und flart und geht nicht so leicht entgegen. Gina wird ungeduldig und verzicht die Lippen. Manche Leute bemerken es und lächeln über die Ungeschicklichkeit dieses verpörrigen Kindes. Die Matrosen sagen: „Das ist ein schlimmes Zeichen fürs Schiff.“ Und Danebenstehende fügen hinzu: „Aber auch für die Patin.“ Da Fräulein Dobouzie nicht damit fertig wird, wird auch Hejard ungeduldig, nimmt das Seil, und mit einem festen Schläge laut er das Seil durch. Die ungeheure Masse des Schiffes setzt sich mit einem dumpfen Geräusch in Bewegung und gleitet majestätisch auf der schiffartigen Unterlage nach dem Wasser hin. Ein pathetischer Augenblick! Sogar die Herzen der härtesten Zuschauer schlagen lebhafter. Während das Schiff sich dem Fluße nähert, fährt es fort, die zu lebendes Ungemach zu klopfen und zu ächzen. Es laßt nicht die Augenblicke geben als dieses langgestreckte Gerüst an den Pfählen der „Gina“. Gewisse Worte wiederholen so vor Ent-

und Stolz im Augenblick, wo ein Reiter ihre Stärke und ihre Schnelligkeit zu erproben sucht. Möglicherweise das Schiff mit einer gewissen Ungeduld in die schäumende Seele hinab, in der die Wellen hoch aufraufen und auseinanderberstehen, um die ungeheure Masse aufzunehmen.

Kaum ist das Karthago des hinabgegangenen Schiffes verstanden, da läßt die Menge tarabare Hohnrufe aus. Zugleich ist die Patin neue, hitzige Fanfare ertönen, es erdröhnen wieder Kanonenschüsse, und eine ungeheure, dreißigfache Föhnwind wird hoch oben auf dem Hauptmast gehöhlt. Die Mannschaft der „Gina“ bricht ihre Pfeile in Abwehr aus, und die anderen Leute, die sich auf dem Schiff befinden und sich für den Augenblick in die Lage von abfahrenden Reisenden verlegt haben, winken mit Zauberstäben und Hüten.

Salb fährt das Schiff hoch in der Mitte des Flusses dahin und wendet sich gradlos und mit triumphierender Würde. Es ist nicht mehr die schwere, widerstrebende und unbeholfene Masse, die eben erst bewundert wurde, denn ein Schiff, das sich außer Wasser befindet, ähneln immer mehr oder weniger einem Wad, aber jetzt, da es sich in einem Element befindet, fählt es sich erleichtert und befreit. Die Maschine ist in Tätigkeit, die schweren Schrauben schlagen ins Wasser, der Rauch steigt aus dem ungeheuren Kamin. Jetzt funktioniert sein gewaltiger Organismus, seine eisernen und stählernen Muskeln bewegen sich, es dröhnt, es atmet, es schnauft, es lebt. Und wieder werden neue Hurras ausgebraut.

Auf der Erde aber unter dem Zelt ließ der Agent des Herrs Julian irgendwelche Champagnergläser und Ristritts herumreichen; die Herren stehen in guter Laune an, indem sie auf das Wohl der „Gina“ tranken. Alle drängten sich zu der schönen Patin, um ihr zu dem glücklichen Entschluß des Schiffes, das sie aus der Laufe gehoben, zu gratulieren. Gina führte das Glas an die Lippen und grüßte bei jedem Trinkspruch mit einem feinen, würdevollen Nicken. Die kleinen molligen Banderling, bleich, aber mit roten Lippen, tranken ganz gemächlich; da ihre Bräutigame dicht bei ihren Händen, taeten sie, als es sie gekitzelt würden. Sie bengten sich so, daß ihr Conveg trachtete; sie lachten wie verrückt. Und wie vielstagen waren ihre verliebten Mäde!

Hejard hörte nicht auf, sich um Gina zu bemühen und ihr Aufmerksamkeit zu erweisen. „Jetzt sind Sie, gnädiges Fräulein,“ sagte er nicht ohne Hintergedanken, „mit meinem Schicksal verbunden. In dieser „Gina“, die mir gehört und die jedenfalls Ihrem Namen Ehre machen wird, werde ich mit Vergnügen einen von Ihnen wiederfinden. Uebrigens haben die Engländer, unsere Meister im Handel,

den Schiffen die Ehre erwiesen, sie mit den Frauen zu vergleichen. Nur die Schiffe gehören dem schönen Geschlecht an.“

„Was für ein kleines Mädchen bin ich neben dieser imposanten Matrone,“ erwiderte Gina lächelnd. „Und ich kann fast nicht glauben, daß ich sie über den Tauffein gehalten habe. Sie scheint eher mich zu bewundern und deshalb war ich auch vorhin so aufgeregt und so verwirrt. Wirklich, ich war ganz verflört.“

Herr Dobouzie, der durch den Erfolg seiner Tochter großmütig gestimmt war und der an herkömmlichen Gebräuchen immer streng festhielt und sich besonders bei öffentlichen Gelegenheiten nicht als geizig erweisen wollte, ließ den Bootsmann rufen. „Hier,“ sagte er, indem er ihm fünf Zwanzigfrankenstücke gab, „ist das Patengeschäft. Teilen Sie es mit Ihren Leuten, und trinken Sie mit ihnen aufs Wohl des Schiffes.“

„Eine schöne Idee,“ murmelte der alte Saint-Jardier vor sich hin und bemerkte dann, indem er sich zu Hejard wandte: „Die Matrosen sind ja schon so betrunken, daß sie nicht mehr auf den Beinen stehen können. Ich würde ihnen Trunkgelder geben! Sie sollten mal sehen, wie ich die Arbeiter Montags wieder nüchtern mache!“

Nachdem die „Gina“ einige Wendungen und Manöver gemacht hatte, um sich der eleganten Welt, die ihrer ersten Fahrt beizuhören, von allen Seiten zu zeigen, fing sie an, schneller nach der Reede hinzufahren, um andere Zuschauer zu erfreuen. Am Kai war ihr ein Platz reserviert worden, da ihre Ausrüstung erst dort vollendet werden sollte. Auch sollte sie dort ihre erste Landung und ihre ersten Passagiere aufnehmen. Zwischen dem Reeder und dem Kapitän war vereinbart worden, daß sie in acht Tagen abfahren sollte.

Dupoisly fühlte sich leinenswegs geschmeichelt über den geringen Erfolg, den seine Verlebe gefunden hatten. Jetzt näherte er sich wieder dem Wasser, und mit dem Champagnergefüllten Glas stellte er sich am Ende des Docks von welchem das Schiff hinuntergelassen worden war, und wandte sich an die anderen Personen der Gesellschaft, wie wenn er im Begriffe stände, eine wichtige Handlung vorzunehmen: Achtung! Jedermann schaute nach ihm hin. Dupoisly hatte schon vorher jeden Augenblick, wenn niemand ihn beachtete, ein Glas Champagner nach dem anderen getrunken, und in der rauschartigen Stimmung, in der er sich befand, dachte er an die Gefahr des Vogen und der Azia und an die antiken Transkopter, die die Heiden dem Ocean darbrachten, damit Neptun und Amphitrite ihnen günstig geittimt sein sollten. (Fortsetzung folgt.)

Februar 4,38 Milliarden Mark Papiergeld neu in Umlauf zu setzen. Wir werden mithin aus dieser finanziellen Notlage nicht herauskommen, wenn sich nicht die Entente dazu versteht, in ihren Forderungen erheblich zurückzugehen. Kommt sie zu dieser Einsicht nicht, so werden wir leider damit zu rechnen haben, daß die Entwertung der Mark weitere Fortschritte macht und auf dem internationalen Markt sich alle die üblen Wirkungen in erhöhtem Maße zeigen werden.

Ob Genug uns die Lösung der Frage bringen wird, ob es möglich ist, zu einer ruhigen, verständigen Wertung der Gesamtlage des europäischen Wirtschaftsgebiets zu kommen, ist sehr fraglich. Die Zahl derjenigen, die eine objektive Würdigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation geben können, ist besonders in Frankreich sehr gering. Man wirft dort nach wie vor reichlich mit Schlagworten herum. Von einer wirklichen eingehenden Untersuchung der bedeutsamen Wirtschaftsprobleme ist nur wenig zu erwarten. Wohl hat die französische sozialistische Partei durch ihre Vertretung auf der Pariser Konferenz klar zu erkennen gegeben, daß sie über das Unzulässige des gegenwärtigen Treibens der französischen Regierung nicht im Zweifel ist, aber ihr Einfluß gegen den nationalistischen Bloch der Kammer ist gering.

Sehr bemerkenswert ist es, daß von Amerika wiederholt Anregungen kommen, um von dort aus den Ueberfluß der Goldreserven dienstbar zu machen für eine große Kreditorganisation. Der amerikanische Senator Owen macht den Vorschlag, aus der Bundesreservebank 500 Millionen Dollar auszugeben als Golddeckung für eine europäische Bank, die von Washington aus geleitet werden soll. Der Vorschlag ist sehr gut gemeint, nur scheint auch in Amerika nicht gerade sehr große Neigung zu bestehen, die europäische Finanzkalamität durch diese Eingriffe in die eigenen Vermögensverhältnisse zu lösen. Auch uns wäre nicht damit geholfen; denn eine größere Verschuldung, darauf läßt es hinaus, bringt nicht die Lösung unserer Finanzkalamität. Für uns gibt es nur eine Erleichterung, das ist die Reparationslasten müssen für einige Jahre vollständig verschwinden, wenn wir zu geordneten Verhältnissen kommen wollen. Jede Belastung, auch nur in annäherndem Umfang wie sie in Cannes in Aussicht genommen wird, bringt uns nicht vorwärts, sondern drückt uns weiter abwärts.

Die Bewilligung in der Neuaufgabe von annähernd hundert Milliarden neuer Steuern ist das deutsche Finanzproblem nicht; denn das Defizit im Etat bleibt trotzdem so hoch, daß ein Ausgleich nur mit einer ganz erheblich größeren Summe möglich wäre. Selbst die Zwangsanleihe ist nur ein Notbehelf. Dennoch muß dieser Weg beschritten werden, und wir müssen peinlichst darauf achten, daß nicht der Ertrag aus unter den Händen gerinnt. Der Vorschlag, den das Finanzministerium den Parteien unterbreitet, aus der Selbstverschuldung den Betrag der Zwangsanleihe zu bemessen, den der Einzelne aufzubringen hat, würde die Anlage vereinfachen, aber es bleibt die große Gefahr bestehen, daß, wenn nicht sehr erhebliche Strafen für zu geringe Einschätzung festgelegt werden, auf diesem Wege der Ertrag nur sehr gering sein würde. Wahrscheinlich würden wir auch zu einer schärferen Zufassung in die Vermögensverhältnisse der Landwirtschaft nicht gelangen, wenn diese Selbstverschuldung Grundzüge für die Auffrischung der Anleihe wäre. Es liegt nahe, bei der Landwirtschaft heute die Auffrischung der Zwangsanleihe abhängig zu machen von der Größe ihres Bestandes. Die Landwirtschaft hat in diesem Wirtschaftsjahr so enorme Preissteigerungen für ihre Produkte zu verzeichnen, daß hier Riesengewinne eingegangen sind, an denen die Steuerverwaltung nicht achtlos vorbeigehen kann.

Bei der Gelegenheit sei ein Einwand gegen die Zwangsanleihe gemeldet, der dahin geht, daß uns die Zwangsanleihe auch keine Milderung des Notenumlaufs bringen würde. Man argumentiert so, daß durch die Zwangsanleihe Sachanweisungen wieder in die Reichsbank zurückfließen, um die Aufnahme der Zwangsanleihe zu ermöglichen. Dieser Einwand geht deshalb fehl, weil bei jeder steuerlichen Belastung, sofern sie in die Vermögensverhältnisse eingreift, der Rückfluß von Sachanweisungen denkbar ist. Wir gehen aber nicht fehl, wenn wir annehmen, daß insbesondere in der Landwirtschaft Riesenerträge in barem Gelde niedergelegt sind, die bei einer Zwangsanleihe zum Vorschein kommen. Es kommt ferner hinzu, daß auch bei dieser Zwangsanleihe ein erheblicher Betrag aus laufenden Einnahmen der Reichsbank abgedeckt werden wird, so daß der Zweck dieser Anleihe, den Umlauf der Notien zu mildern, erreicht werden muß. Erreichen wir durch finanzpolitische Maßnahmen keine Verminderung des Papiergeldumlaufs, so bleiben alle Bemühungen die Preisentwicklung zu halten, und die Mark zu einem stabilen Wertfaktor zu machen, zwecklos. Deshalb muß mit aller Entschiedenheit von der Sozialdemokratischen Partei verlangt werden, daß in die großen Vermögensbestände eingegriffen wird, weil wir sonst rettungslos weiter abwärts gleiten.

Der Kapitalbedarf der deutschen Unternehmungen hatte im Februar wiederum einen erheblichen Umfang angenommen. Es ist die Neugründung von 111 Gesellschaften mit einem nominellen Aktienkapital von 32,1 Millionen Mark zu verzeichnen, während die Kapitalerhöhung der bestehenden Gesellschaften sich auf 1247,3 Millionen Mark beläuft. Eindeutlich der zur Ausgabe gelangten Obligationen ist der Kapitalmarkt in Anspruch genommen mit 2100,9 Millionen Mark. So mehr die Papierflut umwächst, je stärker der Anreiz zur Kapitalerhöhung der industriellen Unternehmungen.

Ein typisches Beispiel dafür, wie einzelne industrielle Unternehmungen die Verwässerung ihres Aktienkapitals betreiben, bietet wiederum der Geschäftsbericht der Baumwollspinnerei in Wagram. Diese Gesellschaft hat bei einem Aktienkapital von 12,5 Millionen Mark einen Nettogewinn zu verzeichnen von 13,1 Millionen Mark. Nachdem 4 Millionen für Werkhaltung, 1 Million für Sonderzulagen und 320 000 Mk. für Erneuerungsarbeiten abgeführt sind, erhalten die Aktionäre zum dritten Male innerhalb 3 Jahren Freiaktien und zwar werden die 6,75 Millionen Aktien, die bereits vom 1. Januar 1921 dividendenberechtigt sind, den Aktionären im Verhältnis von 1:2 zur Verfügung gestellt. Die Dividende für die Aktionäre beträgt 35 Prozent. Diese Geschäftsergebnisse lassen zugleich erkennen, welche Riesengewinne in einer Industrie herausgebracht werden, die einen so wichtigen Bedarfsartikel herstellt. Mit den hochgehenden Baumwollpreisen versteht man es, die Preise für Garne so zu steigern, daß die Aktionäre überreichlich dotiert werden, während die große Masse der Bevölkerung fragt, ob es ihr nicht möglich ist, den dringenden Bedarf an Wäsche und Kleidung zu befriedigen.

Aus aller Welt.

Schweres Unglück auf der Bahnstrecke. Wie aus Soham gemeldet wird, fuhr ein Personenzug, der kurz nach 8 Uhr früh von Soham abgeht, unmittelbar hinter der Station Bodham-Präsident in eine Gruppe Arbeiter, die das Herannahen des Zuges infolge des dichten Nebels nicht bemerkt hatten. Der Lokführer und vier Arbeiter wurden getötet und mehrere Arbeiter verletzt.

Gefährliches Spielzeug. In Spandau spielten gestern vier Knaben mit einem Sprengkörper. Dieser explodierte plötzlich und tötete vier Knaben wurden verletzt; zwei davon so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Ueber die Herkunft des Sprengkörpers konnte noch nichts ermittelt werden.

Eröffnung der Prager Messe. Am Sonntag vormittag wurde die vierte Prager Messe in Anwesenheit der Vertreter des diplomatischen Korps der tschechoslowakischen Regierung sowie zahlreicher geladener Gäste eröffnet. Die Frühjahrsmesse übertrifft an Zahl der Aussteller alle früheren Messen.

Gans Oler zu Pulitz geschossen. Der frühere Generalintendant des Hoftheaters in Stuttgart, Baron Gans Oler zu Pulitz, in einem Berliner Krankenhaus nach einer Darmoperation verstorben. Der Verstorbene war Präsident des Deutschen Bühnenvereins.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Wahl zum Betriebsrat der inneren Verwaltung beim Magistrat.

Die am 10. und 11. März stattfindende, war ein voller Erfolg der freien Gewerkschaften. Von seiten der Gemeindegewerkschaften, die diesem Zweige der städtischen Verwaltung in nur geringer Anzahl unterliegen, wurde nur eine, selbstständig freigelegte Liste abgegeben, so daß die Aufgestellten ohne Weiteres als gewählt gelten.

Das Hauptinteresse, auch der Behörde, nahm die Wahl zum Angestelltenrat in Anspruch, da hier das Gros der städtischen Büroangestellten in Frage kommt.

Beim Wahlvorstand wurden vier Vorschlagslisten eingereicht und zwar:

Liste 1, des Zentralverbandes der Angestellten.

Liste 2, der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ (selber Betriebsverein).

Liste 3, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (im Gewerkschaftsring, Hirsch-Dunder).

Liste 4, des Gesamtverbandes deutscher Angestelltenvereine (deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Verband der weiblichen Angestellten und Reichsverband der Behördenangestellten).

Bei einer Belegschaft von 1532 Köpfen (im Vorjahre ca. 1750) wurden 1369 Stimmen (davon 8 ungültig) gezählt, was einer Wahlbeteiligung von ungefähr 90 v. H. entspricht.

Es ergab sich:

Liste 1, 848 Stimmen, im Vorjahre 781.

Liste 2, 292 Stimmen, im Vorjahre 609.

Liste 3, 149 Stimmen, im Vorjahre 161.

Liste 4, 72 Stimmen, im Vorjahre nicht aufgestellt.

So daß der Angestelltenrat sich aus einem Vertreter der Liste 3, drei Vertretern der Liste 2 und acht Vertretern der freigelegten wirtschaftlichen Liste 1 zusammensetzt, während die Liste 4 der vereinigten christlich-national-deutschösterreichischen Verbände ganz aussiel.

Der Erfolg des Zentralverbandes der Angestellten ist um so höher einzuschätzen, als es ihm gelang, trotz der gegen das Vorjahr über 200 Köpfe geringeren Belegschaft die auf seine Liste entfallenden Stimmen zu vermehren, während die unter gültiger Aufsicht der Behörde gegründete gelbe wirtschaftliche Vereinigung mehr als die Hälfte an Stimmen verlor. Sie hat nur 292 Stimmen erhalten, trotzdem sie vor der Wahl von 600 Mitgliedern bestand.

Der Ausgang der Wahl sollte der Behörde zu denken geben und ihr ein Fingerzeig sein, den Bogen nicht zu straff zu spannen. Den falschen und unangenehmen Angestellten aber muß von ihren freigelegten Kollegen immer wieder vor Augen gehalten werden, daß nur Einigkeit zum Ziele führt und die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage nur herbeigeführt werden kann, durch den Zusammenschluß in einer finanziell starken, zentralgeleiteten Kampfortorganisation, im Zentralverband der Angestellten.

Achtung!

Mitglieder des Deutschen Landarbeiter-Verbandes.

Zu dem am Sonnabend unter vorstehender Ueberschrift erschienenen Artikel ist ergänzend zu bemerken:

Im Absatz 4 muß es heißen: Bei Hausarbeiten in Großbetrieben und unverschuldeten Freiarbeitern über 20 Jahren 25% Zuschlag zum Lohn. Das Deputat bleibt das gleiche.

Abatz 5 muß lauten: Bei jugendlichen Hausföhrern in Großbetrieben und Freiarbeitern unter 20 Jahren 40 Pfennige Zuschlag je Stunde. Das Deputat bleibt das gleiche.

Zum Freizeutberuf.

Der Verband der Freizeutgehilfen erlucht uns um Aufnahme folgenden Warnturfs:

Ausbeutungsobjekte gesucht müßte auf den Plätzen, die in fast jedem Breslauer Freizeutgeschäft ausgestellt sind, stehen, wenn die Meister der Freizeutkunst ehrlich sein würden. So aber schreiben sie, ein Lehrling kann sich melden, oder ein Lehrling wird gesucht, und es gibt leider immer noch viele Eltern, die auf diesen Trid hereinfallen. Lehrlinge und Lehrlingmädchen werden angenommen, in den elementarsten Kenntnissen des Berufes ausgebildet, dann wenn sie ausgelehrt sind, von dem Meister entlassen und liegen auch dann noch den Eltern auf der Tasche, wenn sie wirklich Glück haben sollten und eine Stelle als Gehilfe oder Gehilfin finden. Derbienen doch selbst die Besten der Berufslehrlinge kaum die Hälfte von dem was ein ungelerner Arbeiter verdient und dabei wird gerade der Beruf des Freizeuts oder der Freizeutur als guter von den Arbeitgeberern den Eltern der Lehrlinge gegenüber hingestellt. Wie sieht es nun in Wirklichkeit aus?

Beim männlichen Lehrling angefangen. Der Meister stellt zwei oder drei Lehrlinge ein, entläßt dafür den Gehilfen, der dann das Gros der Arbeitslosen vermehren muß und part den Gehilfenlohn, weil ihm ja die Lehrlinge die Arbeit machen, der Lehrling erhält 10 Mark oder im Höchstfalle 40 Mark pro Monat Kostgeldentschädigung. Noch viel schlimmer sieht es bei den weiblichen Lehrlingen aus. Da richtet sich da und dort ein Meister ein Damengeschäft ein, und stellt sich vier oder fünf Lehrlingmädchen ein, die dann, wenn sie ausgelehrt sind, das heißt etwa nicht jährlich etwas können, sondern ihre Lebenszeit zu Ende ist, auf der Straße liegen und sich dann wundern, daß sie im Beruf kein Unterkommen finden. Und hat jemand Glück gehabt und hat etwas gelernt, so kann er doch keine Stellung erhalten, weil für eine Freizeutur kein Meister Arbeit hat. Nur Lehrlingmädchen beschäftigt man. Sie kosten ja auch nur 15-50 Mark den ganzen Monat. Bei 140 beschäftigten Freizeuturinnen sind heute schon zwanzig arbeitslos, nun werden Eltern weitere 44 frei und vermehren die Zahl der Arbeitslosen. Neueinstellungen sind schon monatelang nicht mehr vorgekommen.

So sieht der goldene Beruf des Freizeuts aus und wir können allen Eltern raten, ihre Kinder nur nicht Freizeut oder Freizeutur werden zu lassen. Als Lehrlinge haben sie wohl ein Unterkommen, wo die Kosten die Eltern tragen müssen, den Nutzen der Meister zieht, dann aber müssen sie doch, um nicht zu verhungern, einen anderen Beruf ergreifen.

Darum Eltern, gebt keines eurer Kinder, ob Knabe oder Mädchen, zu einem Freizeutur in die Lehre, dann ist euch und euren Kindern in späterer Zeit wohlher.

Was plant die Reichsgewerkschaft?

Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben: Die Landesstelle Sachsen der Reichsgewerkschaft stellt den Eisenbahnarbeitern einen verteilungsfähigen Fragebogen zu, der als „Erklärung“ bezeichnet wird und folgenden Wortlaut hat:

„Unterzeichneter erklärt hiermit, daß er bereit ist, vom 1. April 1922 ab in die Reichsgewerkschaft einzutreten, wenn auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft am 3. und 4. April die Errichtung einer besonderen Arbeiterkassule innerhalb der Reichsgewerkschaft beschlossen wird.“

Die Erklärung enthält dann noch folgende Fragen: Vor- und Zuname, Dienst, Stellung, Dienststelle, Privatwohnung, „Wo organisiert?“

Die Reichsgewerkschaft will also eine Arbeiterkassule errichten und hiermit den übrigen Eisenbahnerverbänden Abbruch tun. Das wird zwar nicht gelingen; immerhin aber kennzeichnet der Fragebogen die Bestrebungen der durch den Streik kompromittierten Führer. Bisher behaupteten diese Führer stets, in eine Beamtenorganisation gehören nur Beamte. Wo bleibt da die Konsequenz?

Breslau (Land)-Neumarkt.

Der Dank der Trefschener.

Aus dem durch die Dammbruch-Katastrophe am 1. März d. J. schwer heimgegriffenen Dorfe Trefsch wird uns geschrieben:

Obwohl die Erbitterung in der Bevölkerung gegen diejenigen, welche dem Unglück nicht vorbeugt haben, ungeheuer ist, sind die Bewohner erfüllt von dem aufrichtigen Dank allen denen gegenüber, welche in den Unglückstagen so hilfreich und tatkräftig die Not der Schwergeschädigten zu lindern suchten. Mit Dank und Anerkennung wird von den schnellen und umhätigen Hilfeleistungen gesprochen, die der Landrat des Kreises, Herr Dr. Herrmann, der als erster Vertreter der Behörden zur Stelle war, und der Regierungs-Präsident Herr Dr. Kädicke angeordnet haben. Ebenso hat die Technische Reichsanstalt Breslau ihrem Namen alle Ehre gemacht und sich voll und ganz als Helfer in der Not erwiesen. Auch der Schlesische Landbund war bemüht, edle Menschenpflicht zu üben. Allen Helfern sei an dieser Stelle für ihre treue Fürsorge herzlich gedankt.

Klein-Bresla, Kreis Neumarkt. (Organisiert euch!) Zu was für Verhältnissen es führt, wenn die Arbeiterkassule nicht rechtlos organisiert ist, zeigt recht deutlich der Fall des Herrn Biesering, seines Zeichens Oberinspektor auf Gut Klein-Bresla. Als die Arbeiter die noch ihnen tariflich zustehenden 3 Zentner Kartoffeln von der Gutverwaltung forderten, erklärte ihnen Herr Biesering: „Zuerst laßt arbeiten, dann laßt essen.“ 1 1/2 Zentner will er ja den Arbeitern geben, für den Rest entweder 38 Pfund Roggen oder Schweinefleisch, so erklärte er dem Betriebsrat, als dieser deswegen vorstellig wurde. So und noch schlimmer wird es, wenn die Arbeiterkassule in der gewerkschaftlichen sowie politischen Bewegung nachlässig wird. Darum sollte es für jeden, der noch nicht organisiert ist oder gelassen Verbänden angehört, heißen: Hinein in den Deutschen Landarbeiterverband und die Sozialdemokratische Partei!

Aus der Provinz Schlesien.

Achtung, Vorsitzende und Kassierer der Ortsgruppen im Bezirk Mittelschlesien!

Mit der März-Nummer unseres Mitteilungsblattes sind sämtliche Ortsgruppen des Bezirks die Brechnungsformulare für das Vierteljahr Januar-Februar-März 1922 ausgegangen.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Abrechnungen bis spätestens Montag, den 10. April 1922 an uns abzuliefern sind, und bitten, diese Frist genau einzuhalten.

Mit Parteigruß

Der Bezirksvorstand: G. Schöffel, E. Janotta.

Die Parteiblätter des Bezirks werden am Abend geliefert.

Katibor. Fünf Personen ertranken. Den Uebergang über die Dorer zwischen Müllersberg und Gohlisitzowitz besetzt seit jeder ein Fährmann, der seine Passagiere in einem kleinen Kahn überführt. Sonntag nachmittag warteten sieben Personen auf die Ueberfahrt, zwei Männer und ein Dienstmädchen mit den Kindern des Marienberger Tischsaurmeisters Kogel. Obwohl der Kahn so viel Personen auf einmal nicht fassen konnte, setzte der Fährmann mit allen Personen über. In der Mitte des Flußes erhielt der Kahn von einem treibenden Eisblock einen Stoß, kippte um und alle Personen fürzten ins Wasser. Den Männern gelang es, sich durch Schwimmen zu retten, das Dienstmädchen und die vier Kinder, deren ältestes kaum elf Jahre zählte, ertranken. Die Leiche des Dienstmädchens wurde nach kurzer Zeit ans Ufer gespült, die der vier Kinder konnten bis jetzt noch nicht geborgen werden.

Sport in Breslau.

Fußball-Sport.

Wesia I	—	Dels I	0:2	abgebrochen
Stern II	—	Sparta II	1:2	
Sportfreunde I	—	Kaste I	1:2	
Sportfreunde II	—	Diana II	5:2	
Sportfreund III	—	Diana III	1:5	
Britannia I	—	Wader I	3:1	
Britannia II	—	Wader II	7:0	
Britannia III	—	Riders III	4:2	Gesellschaftsspiel

Schwerathletik.

Sonntag, den 12. März, wehte die Städtemannschaft Breslau des 1. Bezirks des Arbeiter-Athletenbundes Deutschlands in Neusalz, um gegen die vereinigte Städtemannschaft — Neusalz, Sagan und Grünberg — einen Weltstreit im Ringen auszutragen. Die vereinigte Städtemannschaft entwickelte wider Erwarten einen jähren Widerstand, gepaart mit gutem, technischen Können, jedoch Breslau alle Energie aufzuwenden mußte, um den gestifteten wertvollen Ehrenpreis in seinen Besitz zu bringen. Die Mannschaft, bestehend aus Sportgenossen Schär, Hoffmann, Werner, Worfel, Klische, Wende und als Obmann Sportgenossen Tangelst, konnte somit ihren ersten Städtestampf mit 11:9 mit Erfolg beenden.

In dem Mannschaftstampf „Eichenlaub“ gegen „Sturm“-Mischschlag, wie vorausgesehen war, „Eichenlaub“ als Sieger hervor.

Im Ringen: Ring- und Stemmklub „Eichenlaub“ gegen Arbeiter-Athletenverein „Sturm“-Mischschlag 9:1.

Im Heben: Ring- und Stemmklub „Eichenlaub“ gegen Arbeiter-Athletenverein „Sturm“-Mischschlag 758:682 Punkte.

Wiederaufbau

heißt: Deutsche Wertarbeit fördern. Fahren Sie nur eine Bereifung, die ihren Wert durch die Praxis bewies, also

Continental
Cord-Reifen



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 13. März.

Sozialdemokratischer Verein.

Heute abend 7 1/2 Uhr

Distrikts-Versammlungen.

Sehr wichtige Tagesordnung. Kein Parteimitglied veräume den Besuch.

Distrikt 20. Distriktsversammlung nicht heute, sondern erst morgen Dienstag, den 14. März, abends 7 1/2 Uhr, im Endergarten, Enderstraße 12.

Abteilung Süd-West. Parteifunktionäre, Vorsitzende von Sportvereinigungen und Elternbeiräte. Mittwoch, den 15. d. Mts., abends 8 Uhr, wichtige Versammlung bei Appel, Friedrichstraße 41. Vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Jungsozialisten. Dienstag, den 14. März, abends 7 1/2 Uhr, spricht im Gewerkschaftshaus Gen. Privatdozent Dr. Marx über „Räterevolution und Internationale“.

Diese Woche sind folgende wichtige

Funktionäre-Versammlungen:

Städtische Betriebe, politische Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder, soweit Mitglieder der SPD., Dienstag, den 14. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Galerie-Zimmer (Eingang durchs Restaurant).

Eisenbahner-Vertrauensleute der SPD. und Betriebsräte, soweit Mitglieder der SPD., Mittwoch, den 15. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 8.

Metallarbeiter SPD-Funktionäre und Betriebsräte, soweit Mitglieder der SPD., Donnerstag, den 16. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Galerie-Zimmer (Eingang durchs Restaurant).

Teamen-Vertrauensleute. Donnerstag, den 16. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 8. Sehr wichtige Sitzung.

Achtung, Metallarbeiter, Mitglieder der SPD!

Die letzte Monatsversammlung der SPD-Funktionäre des Metallarbeiterverbandes hat einstimmig beschlossen, mit besonderem Hochdruck auszugehen für unsere Arbeiterzeitung, die „Volkswacht“

„Volkswacht“

zu werben. Kollegen und Genossen, setzt Eure Worte nun in die Tat um. In jeder Pause, in jeder Betriebs-Versammlung und alljährlich nach Feierabend werdet ununterbrochen neue Abonnenten für unsere Zeitung und Mitkämpfer für die Sozialdemokratische Partei. Material könnt Ihr stets von unterzeichneten Damen oder im Parteitretariat, Gewerkschaftshaus, Zimmer 8/9, erhalten. Hinaus mit der uns auf Schritt und Tritt bekämpfenden reaktionären bürgerlichen Presse vom Schlage der „Waffen-Magazin“. Fragt in allen Lokalen, wo Ihr verkehrt, nach der „Volkswacht“!

Kollegen und Genossen zeigt, daß die Breslauer Metallarbeiter weiterhin die Avantgarde des kämpfenden Proletariats sein wollen.

Durch Kampf zum Sieg!

Der Obmann: Heinrich Nowak, Königgräberstraße 19.

Was tut die Partei?

Diese Frage kann man täglich hören, Männer und Frauen stellen sie an uns. Da ist es notwendig, Befehle zu wissen, damit man antworten kann. Und die Sicherheit, die überzeugende Art, in der man Auskunft gibt, kann nur aus der Kenntnis des Willens der Ziele unserer Partei resultieren. Was wir erstreben, ist festgelegt im Parteiprogramm, in diesem Dokument, das für uns die Grundlage jeder Arbeit, Richtlinie unseres Lebens ist oder sein mußte. Das alte Parteiprogramm galt drei Jahrzehnte lang, dann war es nötig, das von uns Gewollte neu zu formulieren, entsprechend den veränderten Umständen, den neuen Notwendigkeiten. Im Herbst wurde auf dem Parteitag in Götting das neue Programm geschaffen. Eingubringen in seinen Geist, es in uns zu verankern, ist nun unsere Aufgabe. Wir wollen in Erkenntnis dieser Tatsache bei den Zusammenkünften der Frauenleiterinnen in Breslau, die in jedem Monat einmal stattfinden, das Göttinger Parteiprogramm behandeln. Nach einer Einleitung, die von der Genossin Klara Jits gegeben wird, soll in freier Aussprache jeder Meinung Ausdruck gegeben werden. Außer den Frauenleiterinnen sind auch andere interessierte Genossinnen gern eingeladen. Die nächste Sitzung der Frauenleiterinnen und Stellvertreterinnen findet am Mittwoch, den 15. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 12, statt.

Der Arbeiter-Wohlfahrtsausschuß teilt mit, daß der Vortrag von Genossen Tischlitz erst am Dienstag, den 21. März, stattfindet.

Der neue Kohlenpreis.

Im Hinblick auf die am 1. März 1922 eingetretene Preiserhöhung und die mit rückwärtiger Kraft ab 1. März 1922 zu erwartende Erhöhung der Grundpreise für Kohlen und Braunkohle sind die Händler ermächtigt worden, für jeden Zentner Steinkohle und Braunkohle einen Aufschlag von 10 Mark für jeden Zentner Braunkohle einen solchen von 7 Mark zu nehmen. Die Erhöhung der Grundpreise ist nunmehr tatsächlich mit rückwärtiger Kraft festgelegt worden, bedingt aber in erfreulicher Weise keine Steigerung der Preise um 10 Mark, sondern nur um 6 Mark für den Zentner Steinkohle, während der Aufschlag für Braunkohle mit 10 Mark und für Braunkohle mit 7 Mark unverändert bleibt. Alle Verbraucher, die ihrem Händler den Aufschlag von 10 Mark für den Zentner Kohle zahlen müssen, sind berechtigt, 4 Mark für den Zentner zurückzufordern. Falls die Rückzahlung verweigert wird, wird gebeten, dies unverzüglich dem Magistratsbüro für die Kohlenversorgung, in der Magdalenastraße 10 schriftlich oder mündlich anzuzeigen. Die neuen Höchstpreise sind im Anzeigen-teile veröffentlicht.

Dostojewski-Feier des Bildungsausschusses.

Am vergangenen Mittwoch veranstaltete der Arbeiter-Bildungsausschuß im Gewerkschaftshaus eine Dostojewski-Feier. Das Anlange cavallab aus dem Streichquartett in Dador von Tschajkowsky, ausgeführt von den Herren Behr, Münder, Herrmann und Meijer, leitete die Feier ein. Mit diesen Melodien entstand die Gefühlswelt der russischen Seele mit ihren vornehmen, plantastischen Leidenschaften — erfüllt vom Verhalten unübersehbarer Möglichkeiten. Eine Musik, die in Erhabenheit, Mächtigkeit und Aufbegehren das höchste Sonnenlicht eines Menschenparadieses erhebt, aber Ohnmacht erführend in sich zusammenbricht.

Herr Geheimrat Professor Kühnemann hielt hierauf die Gedächtnisrede. Er fühlte sich begeistert in die beiden russischen Dichtergestalten Tolstoi und Dostojewski ein, um von jenem starken Ruf nach zu ergreifen, das einem seiner besten Söhne kaum einen Lebensweg zu ersparen wählte: Qualvolle Tobegenossenschaft, eine nicht weniger grausame Begnadigung, die nur neue Höllentore öffnet, Verbannung in ein „Totenhaus“

Die Tätigkeit unserer Stadtverordneten.

Eine Stimme aus dem Zuschauerraum.

Gerade in letzter Zeit ist die Arbeit unserer Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung in Parteienkreisen verschiedentlich einer lebhaften Kritik unterzogen worden, und es ist unbestreitbar, daß sich bei manchen Parteigenossen eine Mißstimmung bemerkbar macht, eine Verärgerung, die sich fortspizelt, und zwar nicht zum Nutzen der Partei. Unsere Stadtverordneten haben im Stadtparlament die Mehrheit. Es kann und darf ohne ihre Zustimmung nichts geschehen. Sie haben also auch alle Beschlüsse, denen zugestimmt wird, voll zu vertreten, sind verantwortlich für sie, und diese Verantwortlichkeit bezieht sich zunächst einmal auf das Wohl der Stadt und ihre gesamte Bevölkerung. Selbstverständlich sind die sozialdemokratischen Stadtverordneten auch der Partei verantwortlich, aber es wird sich nie ganz vermeiden lassen, daß zwischen dem, was zum Wohle der Stadt gemacht werden muß, und dem, wie es zum Besten der Partei gemacht werden müßte Disharmonien entstehen. So kann ein Beschluß, der wohl im Augenblick der Stadt dient, und somit notwendig ist, der Partei in agitatorisch verbender Hinsicht schaden, aber in diesem Falle haben unsere Stadtverordneten recht, wenn sie von den Parteigenossen eine ruhige Würdigung ihrer Gründe verlangen. Das Wohl der Stadt steht, wie das der Länder und des Reiches über der Partei, und unsere Genossen im Reich lassen nicht in einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien, wenn sie sich nur von rein parteilichen Gesichtspunkten leiten lassen, demnach trachten müssen, sie zu behalten, womöglich zu stärken, eben im Interesse der arbeitenden Bevölkerung. Die Meinungsverschiedenheiten, die sich aus der praktischen Arbeit unserer Genossen in der Gemeinde und den Vorschlägen einer der Partei dienlichen, der Stadt aber schädlichen Politik ergeben, dürfen aber niemals über den Rahmen sachlicher Kritik hinausgehen. Sehr heftig hatte diese Kritik eingeleitet bei der Frage der Arbeiterhochschule. Aber hier hatten unsere Genossen keinen Schritt getan. Von einer Schädigung des Volksschulwesens kann keine Rede sein. Unsere Genossen sollen und müssen verlangen, daß, ehe solche beschwerlichen Vorwürfe erhoben werden, ihre Beweggründe gewissenhaft geprüft werden. In diesem Falle haben sich die Gründe als nur allzu stichhaltig erwiesen, wie die öffentliche Verhandlung der Frage klar gezeigt hat.

Aber die Bestimmung mancher unserer Parteigenossen hat andere Ursachen, die in der finanziellen Notlage der Stadt begründet sind, und den Komplex

Sibirians, Flucht ins Ausland, bange Ungewissheiten, ständige Sorge um das tägliche Brot, immer wiederkehrende epileptische Anfälle und so fort. Trotz allem glüht in Dostojewskij das gläubensstarke Bewußtsein: ein erlösendes Messiasgeschick lasse den Russen zum Heilsbringer für die Gesamtheit werden! Der Redner sprach von Dostojewskijs keilischen und körperlichen Leiden durch und für Rußland. In den großangelegten Dichtwerken Dostojewskijs „Kostelnikow“, „Der Biber“, „Die Brüder Karamasow“, — auf deren Inhalt der Vortragende im einzelnen einging — lebt die ehrfürchtige, grübelnde Liebe zum heiligen Rußland, seinem Volke, und zu der ganzen Welt. Die Darstellungen von Geh. Rat Kühnemann wurden mit erster Begeisterung aufgenommen.

Im zweiten Teil des Programmes, der von dem Sbergo aus einem Streichquartett von Borodin eingeleitet wurde, kam leider die Vorlesung einer gutgewählten Szene aus „Kostelnikow“ nicht zu rechter Wirkung. Die Wiederholung des Andante von Tschajkowsky gab dem Abend einen stimmungsvollen Abschluß.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Arbeiterhochschule, Esperanto und internationale Sprachverständigung. Mehr und mehr wird dem Esperanto, dieser neutralen, wirklich internationalen Einheitsfremdsprache für alle auch in Deutschland die ihm gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Kürzlich ging durch die Zeitungen eine Notiz, daß auch die Reichsregierung den Gedanken der Einführung des Esperantounterrichts an Schulen und Lehranstalten, der Heranbildung und Prüfung von geeigneten Lehrkräften nähergetreten ist, daß das Reichsministerium des Innern das bisherige sachliche Esperanto-Institut in Leipzig ermächtigt hat, fortan die Bezeichnung „Esperanto-Institut des Deutschen Reiches“ zu führen und daß Verhandlungen gepflogen werden zur weiteren behördlichen Unterfertigung der Arbeiten dieses Instituts.

Morgen (Dienstag) abend 8 Uhr wird Dr. Emanuel Lewy im Gesellschaftshaus Wraslawia, Mauritiusplatz 4, einen eingehenden Vortrag über Esperanto halten, den jeder ernste Anhänger internationaler Verständigung besuchen sollte.

Mitwirkende der Kinderveranstaltungen! Unsere Lectionen für Kinder-Spiele und Tänze im Wohlfahrtsauschuß, Kellereistraße 16, finden in dieser Woche ausnahmsweise am Dienstag abend, von 6 Uhr ab, statt.

Verbesserung der Schulverhältnisse in Dürrgoy.

Da durch die Räumung einer großen Anzahl von Klassenzimmern der Pestalozzischule und der bevorstehende Freigabe nahezu des ganzen Gebäudes, sind die Schulbaracken am Lehmwall für andere Zwecke verfügbar geworden. Sie sollen, entsprechend einem Beschlusse des Magistrats, der noch der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung bedarf, abgebrochen und in Dürrgoy, in nächster Nähe des ehemaligen Dorfschulhauses, wieder aufgebaut werden. Es wird dadurch ermöglicht werden, die bekanntlich besonders ungunstigen Schulverhältnisse in Dürrgoy bis zur Fertigstellung eines Schulhausneubaus ganz erheblich zu verbessern und daneben eine Anzahl von Wohnungen frei zu bekommen, die bereits seit Jahren ausfallsweise zur Deckung des dringlichsten Schulraumbedarfes, in Anspruch genommen werden mußten. Die Baracken haben sich nach dem übereinstimmenden Urteil aller Sachverständigen bisher vorzüglich bewährt. Da mit der anderweitigen Verwendung der Baracken unzweifelhaft ein nicht geringer volkswirtschaftlicher Nutzen — durch die Freigabe von Wohnungen — verbunden ist, steht zu erwarten, daß die recht erheblichen Kosten der Verlegung (600 000 Mark) durch namhafte Zuschüsse aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge sich werden verringern lassen.

Rheinland-Rundgebung.

Auf Einladung des Reichsverbandes der Rheinländer hatten sich die bei uns lebenden Rheinländer, Rheinländer und Saarländer außerordentlich zahlreich am Sonntag

dauernder einseitiger Belastung der arbeitenden Bevölkerung

austauschen ließen. Der Gaspreis ist zur fast unerträglichen Last geworden, die Straßenbahnfahrt zur Luxusfahrt, und es ist ganz natürlich, wenn die Frage auftaucht: warum werden diese Lasten auf Arm und Reich gleich verteilt? Wie sieht nicht zum mindesten bei der Festsetzung des Gaspreises eine Staffellung vornehmen, sei es nach der Höhe des Einkommens, sei es nach der Größe der Wohnung? Der Preis, der für den Arbeiterfamilien fast unerträglich ist, bedeutet für den Reichen von heute nicht viel. Man sehe sich die Lichtfülle der Villen an. Beweis genug dafür, daß der Magistrat 6 oder 8 Mark für das Gas von den Reichen verlangen und es den Armen entsprechend verbilligen könnte. So sagt man. Und das ist begreiflich. Und man wird unsere Stadtverordneten wieder fragen müssen: ist der

Plan einer Staffellung wirklich unmöglich, und warum?

Ist der Versuch schon einmal gemacht worden, die Vorschriften, die einer Staffellung entgegenstehen, zu beseitigen? Und herrscht Klarheit über die technische Durchführbarkeit ohne Vergrößerung des Beamtenapparates? Eine solche Mühe und könnte vermieden werden, davon sind wir überzeugt.

Warum, fragt man ferner, sucht man nicht nach neuen Wegen zur Erfassung von Reichum und Luxus? Warum beschränkt man sich nur immer auf die regelmäßige Erhebung der Lasten, die die arbeitende Bevölkerung am meisten treffen, und die Besitzenden viel weniger oder garnicht? Warum geht man nicht an eine Wohnungssteuer

heran, für die, die heute noch 6, 8, 10 oder mehr Zimmer besitzen, während die Arbeiter zusammengepfercht haufen in lichtlosen Kellern? Ist es nicht möglich, die Herrschaften, die eine Belastung ihres überflüssigen Wohnraumes durch allerlei Spißigkeiten zu hinterreiben verstehen, am Geldbeutel zu packen, damit sie wenigstens für ihre Bequemlichkeit bezahlen und mit ihren reichen Mitteln eine Förderung des so notwendigen Wohnungsbauwes ermöglichen?

Ein Teil der kommenden Zuschläge zur Lebensmiete soll dem Wohnungsbau dienen. Warum wird auch diese Last gleich verteilt und damit ungerrecht? Kann der, der heute noch Wohnungsluxus treibt, nicht mehr zur Beseitigung des Wohnungsluxus beitragen, als der, der das Geld am eigenen Leibe erfährt hat?

Das sind Beispiele. Unsere Genossen in der Stadtverwaltung werden diese Fragen prüfen müssen, die immer lauter werden, und dringender einer Erörterung bedürfen. Sind die Gründe stichhaltig, die sie für eine Undurchführbarkeit der angegebenen Möglichkeiten vorbringen, so wird man es einsehen. Sonst aber ans Werk, auch wenn es Mühe und Arbeit kostet!

vormittag im großen Saale des Konzerthauses versammelt, um ihnen bedrängten und bebrüteten Stammesgenossen in den Rheinländern ihr Mitgefühl auszudrücken und ihnen zu geloben, daß sie alles daran setzen werden, die Rheinländer bei Deutschland zu erhalten.

Durch die Mitwirkung des Organisten Karl Schmidt, des Späteren Männer-Gesang-Vereins unter Leitung von Heinrich Melcher und des Opernsängers Grotz gestaltet sich die Rundgebung zu einer künstlerischen Feier.

Herr Karol, Abt. Ingelheim, M. d. R., sprach durch Tausenden und Zehnen von der Not der Rheinländer. 940 000 fremde Soldaten aller Nationen stehen am Rhein. Diese Belastung kostete uns bis März 1921, 4 1/2 Milliarden Goldmark. Die Offiziere entfalteten einen wahnsinnigen Luxus; sie führen das Leben eines Autoklusses. Die gesamte rheinische Bevölkerung steht fest und treu zu Deutschland und in dieser Frage bilden auch alle Parteien bis zur USV. eine Einheitsfront. Darum mögen sich auch hier alle Parteien zur Einigkeit die Hand reichen, dann soll uns die Rheinlande keine Macht der Welt nehmen.

Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: „Das Rheinland und Saargebiet stehen unter schwerstem politischen und wirtschaftlichen Druck. Wir erheben schärfsten Einspruch gegen die Willkür und Brutalität des französischen Militarismus, der ein Hohr auf Frieden und Selbstbestimmung der Völker ist.“ Die Besatzungskosten vernichten die letzte Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. Das Ausland hat die stillige Pflicht vor der Weltgeschichte gegen die „schwarze Schmach“ Einspruch zu erheben.

Stolz auf die unerschütterliche Treue unserer Brüder und Schwwestern am Rhein und Saar geloben die in Breslau versammelten Tausende Treue und deutsche Brüderlichkeit“.

Die juristische Sprechstunde

Dienstag, den 14. März, und Freitag, den 17. März, nachmittags von 1/2—1/2 Uhr, statt.

Eingang Grünstraße 46. Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abkommensquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

Die Markthalle I am Ritterplatz ist am 27. März, die Markthalle II an der Gartenstraße am 3. April von 12 Uhr mittags ab wegen der Hauptreinigung für den Verkehr geschlossen. Zur Instandsetzung von Häusern und Wohnungen werden Anträge auf Bewilligung von Beihilfen zunächst nur noch bis einschließlich Sonnabend, den 18. März 1922, vormittags 8 bis 10 Uhr, im Büro XXII, Blücherplatz 14, Hof, Eingang II, 1. Stod, Zimmer 9, angenommen.

Die Arbeitsnachweis-Fachabteilung für Musiker, bisher Weidenstraße 21 (Bürgergarten), wird am 1. April d. J. nach den Räumen der Arbeitsnachweis-Fachabteilung für das Gastwirts-gewerbe, Altbühnenstraße 16/18 (Herrnprecher Ring 5253) verlegt.

Unmöglichkeit von Freimarken. Die Ueberdruckfreimarken zu 1,60 Mark, 3 Mark, 5 Mark und 10 Mark dürfen nicht mehr zum Freimachen von Postsendungen benutzt werden, nachdem sie außer Kurs gesetzt worden sind und die Frist zum Umtausch an den Postämtern Ende Februar abgelaufen ist.

Straßenperrung. Die Straßenzuwegung Strehleiner Straße und Schönstraße wird wegen Umpflasterung und Einbaus der Straßenbahngleise bis einschließlich 25. März für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

Bereinstalender.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Breslau. Vertrauensmänner aller Branchen. Dienstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses, findet eine außerordentliche Vertrauensmänner-Versammlung statt. Siehe Inserat. Scherzartikel. Freitag, den 17. März, bei Schöber, Gellertstraße 21, Schiedsrichterversammlung mit gleichzeitiger Berichterstattung vom letzten Sonntag, wozu alle Sportkollegen einladen. Die Bezirksleitung.

Musikinstrumente und Grammophone



Grammophone Neueste Platten Mandolinen Lauten, Zithern Violinen, Mund- u. Ziehharmonikas preiswert. Alte Schallplatten höchste Sozialung oder: Tausch in neue!

Musikhaus Melzer Friedrich-Wilh.-Str. 36 Wiener & Jutter Schmeidebrücke 48

Musikinstrumentenbau Hans Alfr. Schütz, Ing. Rep.-Werkst. Musikinstr. all Art. Reuschstr. 57

Nähmaschinen Sohn, Karl, Schmeidebrücke 33 Dreher, Jul. & Co., Ring 6, Gen.-Vertretung: 'Sömm'

Nähmaschinen fast neu am besten bei Schlesinger, Reichenstr. 1, 1. St. Bad, nur 1. Etage

Stoff-Nähmaschinen Richard Fiedler, Teichstr. 31, Friedr.-Wilh.-Str. 51

Obst- und Süßfrüchte Süssböf, W. Straße 25

Optiker Heidrich Stadthaus gegenüber

Papier- u. Schreibwaren Conrad, Herm. Offenstr. 34 Buchbinderei Reichenstr. 1, 1. St. Schmeidebrücke 33

PREISWERTE Telexwaren Neue Grapenstr. 8 u. 10

Pflanzleiben und Golegonleibkiste Süßler, Albert, Reichenstr. 6

Volks-Leihhaus 'Lohansen' Reiche Bielefeld, Pfänder jeder Art, Golegonleibkiste Weissenburgerplatz 7, 11

Ausscheidung Gültig Verkauf höchste Beilegen der Briloner led. Werten, Feldberg, Sonnenfeld, Golegonleibkiste

Photographierarbeiten Fischer & Co., Lindenstr. 25

Photograph Ateliers Schön, F., Golegonleibkiste 3

Raucherartikel

Nichtung Raucher! Tabakpreifen (Cedziwoda) kaufen Sie spottbillig bei Cedziwoda, Kraulitz 3/4, Ecke Reichenstr.

Samenhandlung Mittendorf, Carl, Reichenstr. 6/7 Ernter Samenhandlung

Schankwirtschaften Gebr. Anker, Königsstr. 4, 1. St. Reichenstr. 15

Emil Jache Teichstr. 27, Teichstr. 25 Reichenstr. 54, Hummelstr. 23

Hennig, H. Sinter-Reichenstr. 3, Sinter-Reichenstr. 22

Schneiderei Rachenfeld, Reichenstr. 33

Schneiderei Reichenstr. 104, Reichenstr. 11, Reichenstr. 68

Schneiderei Reichenstr. 48, Reichenstr. 207, Continental

Schneiderei Reichenstr. 10, Reichenstr. 10

Schneiderei Reichenstr. 10, Reichenstr. 10

Schneiderei Reichenstr. 10, Reichenstr. 10

Schneiderei Reichenstr. 10, Reichenstr. 10

Schneiderei Reichenstr. 10, Reichenstr. 10

Schneiderei Reichenstr. 10, Reichenstr. 10

Schneiderei Reichenstr. 10, Reichenstr. 10

Schneiderei Reichenstr. 10, Reichenstr. 10

Schneiderei Reichenstr. 10, Reichenstr. 10

Schneiderei Reichenstr. 10, Reichenstr. 10

Erste 4 mal monatlich

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses

Schuhwaren und Schuhmacher Ohr's Schuh-Vertrieb Herdstraße 25 Reizil und billig.

Billigste Bezugsquelle Schuhwarenmasur Schmiedebücke 57

Schuhwarenhaus 'Odertor' Wolltestr. 3. Große Hausstr. Billigste Preise.

Schuh-Spezialhaus Neue Grapenstr. 7 im Hause der Volkswacht

Schuh-Spezialhaus Reuschestraße 37/38 am Käseplatz

Schuh-Spezialhaus Reuschestraße 37/38 am Käseplatz

Schuh-Spezialhaus Reuschestraße 37/38 am Käseplatz

Schuh-Spezialhaus Reuschestraße 37/38 am Käseplatz

Schuh-Spezialhaus Reuschestraße 37/38 am Käseplatz

Schuh-Spezialhaus Reuschestraße 37/38 am Käseplatz

Schuh-Spezialhaus Reuschestraße 37/38 am Käseplatz

Schuh-Spezialhaus Reuschestraße 37/38 am Käseplatz

Schuh-Spezialhaus Reuschestraße 37/38 am Käseplatz

Schuh-Spezialhaus Reuschestraße 37/38 am Käseplatz

Schuh-Spezialhaus Reuschestraße 37/38 am Käseplatz

Schuh-Spezialhaus Reuschestraße 37/38 am Käseplatz

Schuh-Spezialhaus Reuschestraße 37/38 am Käseplatz

Schwämme

Schwämme Mehr, Bakar, Kupferstich, Reiche Str. 25

Schwämme Seilerwaren u. Netze, Reiche Str. 43/44

Schwämme Spezialhaus für Spiel und Sport, Sporthaus Weimann, Reiche Str. 12, Reiche Str. 32/34

Schwämme Dziallas, Anna, Reiche Str. 12, 14, 11/12

Schwämme Gedler, A., Reiche Str. 75/76, Telefon 4746

Schwämme Benedix, A., Reiche Str. 1, Reiche Str. 1

Schwämme Alfr. Bonn, Reiche Str. 17, part. Reiche Str. 13

Schwämme Al. Freuzler, Reiche Str. 11, Reiche Str. 11

Schwämme Glade, G., Reiche Str. 11, Reiche Str. 11

Schwämme Kühnel, Eduard, Reiche Str. 62, Reiche Str. 62

Schwämme Kühnel, Eduard, Reiche Str. 62, Reiche Str. 62

Schwämme Kühnel, Eduard, Reiche Str. 62, Reiche Str. 62

Schwämme Kühnel, Eduard, Reiche Str. 62, Reiche Str. 62

Schwämme Kühnel, Eduard, Reiche Str. 62, Reiche Str. 62

Schwämme Kühnel, Eduard, Reiche Str. 62, Reiche Str. 62

Schwämme Kühnel, Eduard, Reiche Str. 62, Reiche Str. 62

Schwämme Kühnel, Eduard, Reiche Str. 62, Reiche Str. 62

Schwämme Kühnel, Eduard, Reiche Str. 62, Reiche Str. 62

Wäsche u. Trikotonen

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

G. Friedländer, Sonnen-Reiche Str. 30

Wäsche u. Wollwaren

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Kaufh. Inh. Tichauer, Reiche Str. 58

Zigarren, Zigaretten, Tabaks

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Erich Tautz, Reiche Str. 2

Hort/Web

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2

Fahrradhandlungen Kessler, Paul, Reiche Str. 2